

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mk., für einen Monat 5.— Mk., Bestellschein vierteljährlich 90 Pf., monatlich 30 Pf., Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Tel. 4508. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4508

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.00 Mk., bei Platzvorschrift 2.00 Mk.; Familienanzeigen für die Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Ein verlässliches Offizierswort?

„Verfassungstreu!“

Berlin, 30. Mai. Nach einer Mitteilung des Reichswehrministers erschienen heute die Kommandeure der Garnisonen von Groß-Berlin beim Reichswehrminister, um ihm als feierliche Erklärung abzugeben, daß sie und die ihnen unterstellten Truppenteile bebingungslos hinter der verfassungsmäßigen Regierung ständen und mit ihren Truppen bereit seien, gegen jeden gewaltsamen Umsturz, läme er von rechts oder von links, die Verfassung auch mit den Waffen zu schützen. Der Reichswehrminister nahm diese Erklärung mit Befriedigung und mit Dank entgegen und machte dem Reichspräsidenten davon Mitteilung.

Sm! Auf einmal! Beim Rapp-Putsch waren alle Herren überzeugt, es sei ausgeschlossen, daß Truppe gegen Truppe kämpfe, und jetzt sind sie bereit, die Verfassung mit der Waffe zu schützen. Das Offizierswort ist, nachdem die Ehre der Waffe usw. es so schnell gebrochen haben, gerade nicht hoch im Kurs. Die Arbeiterschaft tut jedenfalls gut, sich nur noch auf sich selbst zu verlassen!

Der Republikanische Führer-Bund teilt uns mit: Die „Säuberung“ der Reichswehr wird besonders in Potsdam in großem Maße durchgeführt. Hunderte von Soldaten werden auf Grund der durchgeführten Seereserveveränderung entlassen, was verständlich ist, unverständlich bleibt aber, daß an Stelle der Entlassenen sofort Vakanzstellen eingestrichelt werden. So sind jetzt bei der 5. Batterie der leichten Art.-Regis. 3 (Hauptmann Gröbendinkel) 4 Unteroffiziere und 20 Mann entlassen und durch Vakanzstellen ersetzt worden.

Charakteristisch für die militärischen Zustände im allgemeinen und in Potsdam im besonderen ist, daß bei einem ganzen Abteilungsstab (Bataillionsstab) 27 Offiziere, darunter 3 Majore und 7 Hauptleute, Dienst tun. Die Republik hat's ja dazu.

Im Westteil des Wirtschaftsgeländes der Kaserne befinden sich etwa hundert frisch mit Salaten versehenen Stahlhelme. Bei der 4. Komp. Garde-Schützen-Batt. werden nur noch Vakanzstellen eingestrichelt.

Wie die Schwindelnachrichten von Kommunistenpulchplänen fabriziert werden

Die Quelle des Staatskrisikers!

Ueber einen entlassenen Spindel teilt die Freiheit mit: Der Arbeiter Waldemar Verschaller, wohnhaft Magazinstraße 13a, der zur Vorwärts-Bezahnung gehörte und deshalb eine längere Gefängnisstrafe verbüßt hat, hat in den letzten Wochen den rechtsstehenden Organisationen die Pläne einer angeblichen kommunistischen Kampfgesellschaft verkauft, mit dem Hinweis darauf, daß er eine führende Stelle in dieser Organisation bestiehe und an allen Geheimnissen teilnehme. Dieser Spindel schlammter Sorte, der während seiner Gefängnisstrafe und noch nachher aus dem politischen Unterstützungsfonds der Berliner Arbeiter Beihilfen bezog, hat auch einige Flüchtige aus dem Ruhrgebiet, die von der Militärkammer verfolgt wurden, der Polizei denunziert und sie ans Messer geliefert. Er steht sicher schon seit langem im Dienste der Gegenrevolution, und es liegt sogar die Vermutung nahe, daß er auch als Mitglied der Vorwärts-Bezahnung im Auftrage einer Regierungsoffiziere handelte, da während der Januar-Kämpfe nachgewiesen wurde, um die revolutionären Arbeiter zum Weiterkämpfen zu veranlassen und der Regierung dadurch die Möglichkeit zu geben, den Aufstand mit aller Rücksichtslosigkeit niederzuschlagen.

Die vor kurzem durch die Presse gegangenen Mitteilungen über Putschabsichten der Kommunisten, besonders die Nachrichten über eine kommunistische Geheimkonferenz in Neutölln, sind dem Kopfe des Spindels Verschaller entsprungen. Er hat das erschwerte Material, das er den rechtsstehenden Parteien verkauft hat, auch dem Regierungsrat Schwarz beim Staatskommissar für öffentliche Sicherheit gegen Bezahlung übergeben; von ihm stammt auch die Mitteilung, daß in der Nacht vom 2. zum 3. Juni Offizierspogrome beabsichtigt seien, und auf diese Meldungen eines vollkommenen Subjekts ist der Staatskommissar für die öffentliche Sicherheit, Herr Weichmann, auch prompt heringefallen, ohne daß er sich der Mühe unterzog, die Glaubwürdigkeit dieses Mannes, von dessen Vergangenheit er keine Kenntnis hatte, erst zu prüfen, bevor er von dem Material Gebrauch machte. Genossen, hütet euch vor Vorkipfeln!

Die Putschvorbereitungen in Ostpreußen.

Berlin, 31. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Unser nach Ostpreußen entsandter Vertreter nahm gestern mit dem Oberpräsidenten Dr. Siehe und dem Reichs- und Staatskommissar für Ostpreußen über den bevorstehenden reaktionären Putsch Rücksprache. Während der Oberpräsident zwar an die Möglichkeit eines Putsches denkt, aber an eine akute Gefahr nicht glaubt, gibt der Reichskommissar Borowsky die Lage als sehr ernst an. Er habe sich lange dagegen gestäubt, an die Organisation eines reaktio-

nären Putsches zu glauben, jetzt aber sei er überzeugt davon. Er befürchte fast täglich den Ausbruch des Putsches. Das mit unter dem General von Dassel und dem Oberstleutnant Birkner stehende Wehretreikommando I ist durchaus unzuverlässig und steht in enger Verbindung mit den Organisatoren des Putsches. Mit Hilfe seiner ausgedehnten wirtschaftlichen Abteilungen bringt es die nach Tausenden zählenden entlassenen Reichswehrangehörigen auf den großen Gütern unter. Hier gelangen sie in den Besitz von Waffen, denn die Güter karren von Waffen. Während der Staatskommissar sich bemüht, die großen im Lande vorhandenen Waffenslager in Sicherheit zu bringen, werden diese im großen Umfange verschoben. Erst kürzlich hat der Staatskommissar auf einem Gute allein 50 Maschinengewehre und Tausende von Gewehren und große Mengen Munition entdeckt, auf einem anderen 30 leichte und 5 schwere Maschinengewehre, dazu Gewehre und Munition. Die auf dem Lande verteilten ehemaligen Wehretreuer, die Angehörigen der Freikorps und die ehemaligen Reichswehrangehörigen haben jederzeit Verfügungsgewalt über diese Waffen. Die Sicherheitspolizei, die jetzt unter dem Polizeipräsidenten einigermaßen zuverlässig ist, selbst unter Waffenmangel und wird auf das heftigste von der Reichswehr bekämpft, die ihr die gelassenen Waffen zu entziehen bestrebt ist. Die Quartiere der Sicherheitspolizei sind von der Reichswehr entlehnt und diese hat die Sicherheitspolizei so eingekerkert, daß sie jede Gewalt über sie hat. Mehrfach hat der Reichskommissar geheime Waffentransporte angehalten oder zurückweisen müssen. Er ist aber der Ansicht, daß noch heute in kleineren Truppen sich Entlassene der Freikorps durch den polnischen Korridor einschleichen. Obwohl das ganze Land mit Waffen überfüllt ist, sind gestern hier zwei deutsche Torpedoboote mit Seltengewehren beladen, angekommen, deren Zweck der Staatskommissar nicht aufklären konnte. Der Waffentransport russischer Gelangener ist ohne Kenntnis des Oberpräsidenten und des Staatskommissars erfolgt, obwohl im Lande Arbeitslosigkeit herrscht und nach Ansicht der Oberpräsidenten sich noch weiter ausdehnen wird. Der Zusammenhang all dieser Maßnahmen ist sicher und klar und das Ziel geht daraus hervor, wie die Hege gegen den Reichskommissar und den Polizeipräsidenten Hübner von den reaktionären Kreisen betrieben wird.

Tumulte in Berliner Wählerversammlungen

Berlin, 31. Mai. Aus Anlaß der von allen Parteien zu gestern einberufenen Wählerversammlungen kam es verschiedentlich zu heftigen Zusammenstößen. So kam es in einer Versammlung der Demokraten, in der der Reichswehrminister sprach, zwischen den Demokraten und Deutschnationalen, die die Versammlung zu sprengen versuchten, zu einer Prügelei. Zu sehr heftigen Zusammenstößen kam es in einer Wählerversammlung der Deutschnationalen in der Schönberger Schloßbrauerei, wo Anhänger der Sozialdemokraten die Versammlung sprengten. Bei dem sich entwickelnden Handgemenge erlitten verschiedene Personen Verletzungen. Ferner kam es in einer Versammlung der deutschnationalen Katholiken zu einem Zusammenstoß mit Anhängern des Zentrums. Auch hier kam es zu Tätlichkeiten, doch gelang es, die Ruhe wieder herzustellen.

Die Landtagswahlen im Freistaat Gotha.

Gotha, 31. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Das Ergebnis der gestrigen Landtagswahlen ist noch nicht zu übersehen. Insofern ist jedoch sicher, daß die Rechtssozialisten und die Demokraten eine sehr schwere Niederlage erlitten haben. Die Unabhängige Sozialdemokratie wird 1-2 Mandate verlieren, die gegenrevolutionären Parteien haben Zuwachs.

Ein Köder für die Eisenbahner.

Paris, 30. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Nach dem Journal hat der Abgeordnete Bouzier einen Gesetzentwurf ausgearbeitet über die Vereinigung der französischen Eisenbahnen einschließlich der Staatsbahnen zu einer Aktiengesellschaft, mit einem Kapital von einer halben Milliarde Franken. Es sollen Arbeitskräfte geschaffen werden, die ausschließlich Eigentum des Personals sein sollen. Das Personal soll sich zu einer Genossenschaft zusammenschließen.

Durch Gewinnbeteiligung soll die Forderung nach der Sozialisierung der Eisenbahnen erfüllt werden. Es dürfte nicht gelingen.

Deutsch-finnische Verhandlungen.

Berlin, 31. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Deutsche Tageszeitung meldet: Die in den letzten Wochen zwischen Vertretern der deutschen und finnischen Regierung in Berlin eingeleiteten Verhandlungen zwecks Neuregelung der gegenseitigen Handelsbeziehungen sind bisher nicht zu einem endgültigen Abschluß gelangt, sondern werden, obgleich bereits in den Hauptpunkten eine Verständigung erzielt wurde, erst in den nächsten Tagen beendet werden. Eine führende Persönlichkeit der finnischen Gesandtschaft zu Berlin, Minister Jännes, hat sich im übrigen leithin nach Finnland begeben, um mit der dortigen Regierung bezüglich verschiedener Fragen eingehend zu konferieren.

Wirtschaftskrisis.

Wenn im kapitalistischen Warenaustauschverkehr eine Störung eintritt, so wirkt diese unmittelbar zurück auf den Produktionsprozeß und damit naturgemäß auch auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiter. Eine derartige Störung im kapitalistischen Zirkulationsprozeß — eine Wirtschaftskrisis — erleben wir zur Zeit.

Seit dem Zusammenbruch im Herbst 1918 sank die deutsche Mark (= der Wert der deutschen Mark, ausgedrückt in fremdländischer Währung) unaufhaltsam und die Kapitalisten sagten den Arbeitern täglich in der ihnen ergebenden Presse und durch den Mund rechtssozialistischer und bürgerlicher Minister, daß nur mehr Arbeit den Wert der deutschen Mark heben könne, daß mit dem Steigen der Mark unser ganzes Wirtschaftsleben gesunde und auch für die Arbeiterschaft bessere Zeiten kämen. Nun steigt die deutsche Mark seit März fast ununterbrochen, aber von dem vorhergehenden wirtschaftlichen Aufschwung, von billigeren Lebensmitteln, von einer Gesundung des Wirtschaftslebens ist nichts zu spüren, wohl aber trat eine Störung im wirtschaftlichen Zirkulationsprozeß ein, deren mittelbare und unmittelbare Folgen heute noch nicht in ihrem vollen Umfange zu übersehen sind. Es genügt aber nicht, die Krisis als eine Tatsache zu konstatieren, vielmehr ist es unsere Aufgabe, zu untersuchen, welche Umstände die Krise verursachten, und festzustellen, welche Folgerungen sich aus ihr für das Proletariat ergeben.

Der rückwärtige Stand des deutschen Markkurses war für die Kapitalisten der ganzen Welt Anreiz, in Deutschland Waren zu einem Spottpreis zu erwerben, die sie dann in ihren Heimatländern mit riesigen Gewinnen veräußern konnten, trotzdem die deutschen Exporteure 100 Prozent und mehr an Extraprofiten bei den Ausfuhrgeschäften einstrichen. Diese hohen Exportgewinne hatten zur Folge, daß notwendige Bedarfsgüter dem deutschen Markt entzogen und waggungsweise über die Grenze gehoben wurden, daß sich die ganze Produktion nicht auf den Inlandsbedarf, sondern auf den Exportbedarf einstellte und daß die Warenpreise in Deutschland sich mit rasender Geschwindigkeit den Exportpreisen und damit den Weltmarktpreisen näherten. Die Arbeit aber wurde in Deutschland weit unter dem Weltmarktpreis bezahlt. Der Arbeiter, der all die Güter erzeugt, die über die Grenze gehen, um riesige Marktgewinne hereinzubringen, hat Mühe und Not, sein Leben zu fristen und ist nicht in der Lage, sich auch nur die notwendigen Kleidungs- und Wäscheartikel zu beschaffen.

Das Ausland kann aber auch nicht unbegrenzt deutsche Waren aufnehmen! Einmal ist es gesättigt und will eigene Erzeugnisse absetzen. Man gewährt Deutschland Kredite, um es lauffähig zu machen. Schon die Aussicht darauf ändert die Bewegung des Markkurses. Die deutsche Mark beginnt zu steigen. Große Börsenspekulationen des In- und Auslandes, die Realisierung der Anteile, die Beschränkung der deutschen Einfuhr wirken weiter steigend auf den Markkurs. Vor allem aber eine beginnende internationale Wirtschaftskrisis läßt den Wert der ausländischen Geldsorten sinken und dieses Sinken drückt sich wieder in einer Überbewertung des deutschen Markkurses aus. So bekommt der Amerikaner z. B. für einen Dollar nur noch 38 Mk., während er im Februar noch 100 Mk. dafür erhielt. Damit ist für den Ausländer der Anreiz zum Kauf deutscher Waren geschwunden, denn er kann nicht mehr, wie bisher, die hohen Marktgewinne erzielen. Die für den Export produzierten Waren häufen sich in Deutschland auf und finden keinen Abfah, um so mehr, als der deutsche Konsument nicht mehr kaufkräftig genug ist, um mit den steigenden Preisen Schritt zu halten. Den Kapitalisten beginnt vor den Geheimnissen ihres eigenen Systems zu grauen. Ganz verzweifelt aber werden sie zu der Abfahstodung auch noch die Zahlungsmittelnot zu spüren beginnen, die durch die rapiden Preissteigerungen und den Fortfall des Kreditverkehrs ausgelöst, und durch die Unterbrechung des Zirkulationsprozesses noch bedeutend gesteigert wurde. Während man bisher den Warenbesitz dem Geldbesitz vorzog (infolge der Geldentwertung), ist es jetzt umgekehrt geworden, denn der Gebrauchswert der Ware, für die keine Abfahmöglichkeit besteht, wird wertlos. Karl Marx kennzeichnet die geschilderte Situation der Krise im Kapital wie folgt: „Eben noch erklärte der Bürger in prosperitäts-trunkenem Aufklärungsbübel das Geld für leeren Wahn. Nur Ware ist Geld! Nur das Geld ist Ware! Jetzt über den Weltmarkt. Wie der Hirsch schreit nach frischem Wasser, so schreit seine Seele nach Geld, dem einzigen Reichtum. In der Krise wird der Gegensatz zwischen der Ware und ihrer Wertgestalt, dem Geld, bis zum absoluten Widerspruch gesteigert.“

Da der Warenabsatz ins Stocken geraten ist, wird es seinem Kapitalisten einfallen, Waren zu produzieren, für die er keine Käufer findet. Er produziert ja nicht um der Waren willen, sondern um die Waren in Geld umzuwandeln, d. h. sie zu verkaufen. Ist keine Nachfrage für seine Ware vorhanden, dann schränkt er seinen Betrieb ein und legt ihn zuletzt still. Aber selbst bei eingeschränktem Betrieb wird der Unternehmer weiter das Interesse haben, den Arbeitstag des einzelnen Arbeiters zu verlängern, denn je weniger Gehälter gemacht werden, desto größer soll der Profit an dem gemachten Geschäft sein. Noch stärker wird sich dieses Profitstreben in dem Druck auf die Arbeitslöhne geltend machen. Je mehr das Heer der Arbeitslosen durch die Betriebseinschränkungen anwächst, desto mehr hoffen die Unternehmer auf Erfolg in ihrem Streben auf Abbau der Löhne. Hier muß die gesamte Arbeiterschaft in geschlossenem Abwehrtampf gegen das profitstingige Kapital stehen. Das alte Märchen wird wieder aufgewärmt, daß nur niedrige Löhne die Güter verbilligen können, daß damit den deutschen Waren wieder der Weltmarkt erobert würde, und daß wir nur so über die Krise hinwegkämen. Das ist nichts als Sand in die Augen der Arbeiter, um sie nicht leben zu lassen, wie das Kapital Gewinne macht. Das Uebel liegt viel tiefer. Solange wir in der kapitalistischen, planlosen Profitwirtschaft leben, werden wir von einer Wirtschaftskrise über eine Prosperitätsperiode zur nächsten Krise taumeln. Die Zeiträume zwischen den einzelnen Krisen werden immer kürzer, die Krisen immer heftiger, bis die letzte Krise zur Katastrophe wird, die dann nicht mehr mit Ausschüttung und Flickarbeit überwunden werden kann. In dem Kampf, der dann zwischen Kapital und Arbeit entbrennt, handelt es sich nicht mehr um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit. Es geht dann um die Entscheidung darüber, ob ein Häuflein Ausbeuter ein ganzes Volk in Not und Elend stürzen darf, oder ob dieses Volk die Kraft aufbringt, sich seiner Feiniger zu entledigen, um eine Wirtschaftsordnung anzubahnen, die sozialistischen Geist atmet. Nie war die Zeit günstiger für solchen Kampf. Er sei auch unsere Lösung für die Wahltschlacht: Gegen die wilde, kapitalistische Profitwirtschaft! Für sozialistische Neuordnung der Gesellschaft!

Wer putscht?

Unsere reaktionäre Presse, und allen voran die Leipziger Neuesten Nachrichten, möchte die sich immer mehr verhärtenden Nachrichten über das bevorstehende neue Rechtsputsche nur zu gern als durchsichtige Wahlmanöver der bösen Sozialdemokraten hinstellen, wohingegen sie fast jeden Tag von neuen „bolschewistischen Gefahren“ zu sprechen und — zu erfinden wissen. Nun hat nicht nur der Regierungskommissar Weismann gegen vor Berliner Pressevertretern auf Grund des ihm offenbar zur Hand liegenden behördlichen Materials darauf hingewiesen, daß nicht von unabhängiger oder kommunistischer, wohl aber von der aufzulösenden Freikorps-Putschaktionen zu erwarten seien, sondern als Kronzeuge für unsere berechtigten Warnungen vor der militärischen Gefahr springt uns jetzt sogar ein wohl auch von den reaktionären Parteien kaum als vorzuziehender Genesmann und Zeitbeobachter bei. Die hochnationale, dem rechten Flügel der deutschen Volkspartei nahestehende „Königliche Zeitung“ fällt in einer ihrer Ausgaben vom 27. d. M. folgendes Urteil:

„Nicht zu leugnen sind dagegen die feuergefährlichen Bestrebungen, die von ehemaligen Freikorpsoffizieren immer wieder angezettelt werden, um das deutsche Volk ja nicht zur Ruhe um zum inneren Frieden kommen zu lassen. In Spa wird es Aufgabe der deutschen Unterhändler sein, den Verbandsvertretern klar zu machen, daß für die Aufrechterhaltung der Ordnung in Deutschland ein Hunderttausendmannheer einfach unzureichend ist. Wo zu aber diese unverantwortlichen Maßnahmen, die jeden Unterhändler von vornherein in eine schlechte Lage bringen können? Schon das richtig verstandene kameradschaftliche Gefühl sollte diese Landesknechtromantiker etwas zügeln. Es ist eine Ehrenpflicht des deutschen Volkes, die ehemaligen Heeresangehörigen angemessenen Zivildiensten zuzuführen und sie in das produktive Wirtschaftsleben einzugliedern. Das ist aber ein Problem, dessen Schwierigkeiten lediglich auf sozialem Wege gelöst werden können. Die Umtriebe einzelner Verschwörernaturen sind aber nur geeignet, die nun einmal nach der Niederlage in weiten Kreisen des deutschen Volkes verbreitete Abneigung gegen alles militärische und besonders gegen das Offizierskorps zu steigern und zu reizen, statt gerade in diesem Punkte durch Ruhe und Zurückhaltung der Selbstbeherrschung des Volkes zu dienen. Doppelt gefährlich ist es, wenn solche Putschisten das von Hauptmann Schmöbe mit so frischem Wagemut begonnene Siedlungswerk für ihre Wachsenstufen mißbrauchen und ehemalige Heeresangehörige, die längst dem wertvollsten Leben sich wieder angeschlossen haben, dazu gewinnen möchten.“

Damit sind die Gefahren des deutschen Militarismus richtig gekennzeichnet. Allerdings das Rezept des nationalen Blattes zu befolgen und die Hiffer der Reichswehr hinaufzuschrauben, hohe den Teufel mit Beelzebub austreiben. Die Reichswehr ist in den Händen der Offizierskamarilla selbst ein abzuleitendes Werkzeug des Wertes für Kamoragelüste. Das haben die App- Tage bewiesen. Die einzig wirksame Waffe gegen die Offiziers- Verschwörung ist die Kraft der Arbeiterschaft.

Die Tägliche Rundschau, die willfährige geistige Adressatäre des putschenden Offizierskorps für ihre nationalen Phrasen, kann es sich selbst angeichts dieser unzweifelhaften Zeitstellungen nicht verweifen, von einem neuen bevorstehenden „roten Aufstand“ dieses Mal in Bayern, zu handeln. Sie behauptet, eine sehr einflussreiche Persönlichkeit aus einem Reichsministerium sei dabei als Agent provocateur tätig. — Eine schaurig-schöne Geschichte, der man selber nur allzusehr das Phantasteprodukt ansieht!

Einer dieser Judenreffer wird vom andern abgefangen!

Ankoppel-Kurze hat in seinem Deutschen Wochenblatte nachgewiesen, wie verjudet oder jüdisch verpöppelt von Gierke, Herr von Delbrück und andere deutschnationale Parteigrößen wären (die inzwischen ja auch, infolge dieser Agitation, aus der deutschnationalen Partei ausgeschlossen sind).

Der wilde Pogrom-Antisemit Dr. Pudor veröffentlicht in seinem Deutschen Volksrat einen Artikel über „die Verjudung des deutschen Antisemitismus“, und führt darin besonders die Redaktion der Deutschen Tageszeitung als vollig gepöppelt mit jüdischem Blute auf.

„W. A. Müller“ aber behauptet in einem im Bezirischen Verlag in Leipzig erschienenen Buche, daß der Judenreffer Dr. Pudor nichts weiter ist als ein „christlich maskierter Falshude“.

Wer wird nun die Wüste des Pseudonymus „Müller“ lüften und nachweisen, daß er verjudet oder jüdisch verpöppelt ist? Am Ende ist gar der ganze Antisemitismus eine jüdische Erfindung, um das Teutonentum zu blamieren? Womit wieder die furchterliche jüdische Gefahr erwiesen wäre. Nun, woran soll sich der ob der fortgesetzten Enthüllungen schwindlig werdende Antisemit nun halten — wenn alles wahr?

Scheidemann geküßt von Maschinen-gewehren.

Hamburg, 31. Mai. (Eig. Drahtmeldung der R. W.) Die Rechtssozialisten, die jede Gewalt verwerfen, wenn sie sich gegen die Bourgeoisie und die Reaktionsäre richtet, bereiten sich gegen Arbeiter vor. Seitdem sprach Herr Scheidemann hier im Zoologischen Garten. Die Rechtssozialisten lebten in der lächerlichen Furcht, daß die Anhänger der R. W. die Verammlung in Brand stecken würden. Die Unabhängigen dachten aber nicht im Traum daran. Sie hatten beßeres zu tun, denn sie hielten zur selben Stunde eine eigene große Versammlung im Gewerkschaftshaus ab. Das hohle Gewissen aber ließ die Rechtssozialisten Gekränkter sehen. Bereits zu früher Morgenstunden hatten sie ihre Anhänger zum Versammlungsort beordert. Die Verammlung war überaus schwach besetzt.

Während der Tagung erschien ein Maschinengewehraug und schiedemann im Zoologischen Garten. Die Freunde des Herrn Scheidemann glaubten, dessen Argumente mit Maschinengewehren schützen zu müssen. Ein Lastauto voll Kosaken mit Maschinengewehren und Hundertschaft schien ihnen dazu erforderlich.

Das war eine prächtige Illustration zu Scheidemanns Rede. Er sprach über die von rechts drohende Gefahr unter dem Schutze der gegen links gerichteten Maschinengewehre. Rechts rüstet die Gegenrevolution, aber hat die Macht gegen sie zu führen, wird sie benutzt, um rechtssozialistische Phrasenbeladen gegen eine eingebildete Gefahr von links zu schützen. Herr Scheidemann witterte gegen die durch das Kosakentum heraufbeschworene reaktionäre Gefahr, aber er läßt das Kosakentum zu seinem Schutze gegen links aufmarschieren!

Der deutsch-lettische Friedensvertrag.

Die lettische Regierung hat das Friedensprotokoll, das am 5. Mai in Berlin von den Delegierten Lettlands und Deutschlands unterzeichnet wurde und nach Austausch der Ratifikationen in Kraft treten soll, veröffentlicht. Die Hauptbedingungen sind: Deutschland erkennt Lettland als selbständigen Staat an, und zwar sofort, nachdem von den alliierten Mächten diese Anerkennung ausgesprochen ist. Sowohl Deutschland wie Lettland verpflichten sich, keine Forderungen zu unterstellen, die sich gegen eines der beiden Länder richten, und keine feindliche Truppenbildung auf ihrem Gebiet zu dulden. Deutschland verpflichtet sich zum Ersatz aller Schäden, den deutsche oder die dem deutschen Oberkommando unterstellten Truppen in Lettland angerichtet haben. In Riga wird eine gemischte Kommission die Höhe des Schadenersatzes feststellen. Lettland erhält alles Kriegsmaterial, das den Truppen Vermunds gehört hatte, ausgeliefert. Deutschland verpflichtet sich, Lettland Waren auf Kredit zu liefern. — Die Wolffs Telegraphisches Bureau von ständiger Stelle hört, sind noch folgende Punkte des Vertrages bemerkenswert: 1. Die erwähnte gemischte Kommission wird auch den Wert der von Lettland zu erziehenden Aufwendungen feststellen, die mit deutschen Mitteln für öffentliche Anlagen auf lettischem Gebiet gemacht worden sind. 2. Beide Vertragsparteien sichern sich für gegenseitigen Handelsverkehr, für industrielle Unternehmungen sowie für die Schifffahrt das Recht der Reedereiangehörigen zu. 3. Lettland verpflichtet sich, den Transitverkehr aus Deutschland durch Lettland oder aus andern Ländern durch Lettland nach Deutschland nicht zu erschweren und keine besonderen Transitabgaben zu erheben.

Die Vorgänge im Osten.

Vormarsch der Bolschewisten.

Aus London wird berichtet: Die Daily Mail meldet aus Warschau, daß die Stadt in Verteidigungszustand gesetzt wurde. Die polnische Regierung rief mehrere Reservatregimente zu den Waffen. Warschau verkleidet sich, daß das polnische Heer Lettland durch das bedrohliche Heranzücken der bolschewistischen Heere in Gefahr gebracht worden sei. — Die Times melden, daß die Polen den strategischen Vorschlag forschen. Die Bolschewisten haben die Front Warschau-Minsk langsam vorgeschoben und beschließen die Vorstände von Minsk mit schweren Geschützen. Minsk wird noch von den Polen gehalten. Große Truppentransporte aus ganz Polen sind auf dem Wege an die gefährdete Front. Der polnische Generalstab gibt einen Heeresbericht aus, der die allgemeine Zurücknahme der polnischen Front bis Brest-Litowsk meldet, aber ein Nachlassen des russischen Druckes feststellt.

Die Eisenbahnlinie von Minsk nach Verbitshew liegt seit zwei Tagen unter dem Feuer bolschewistischer Artillerie.

Saag, 31. Mai. Wie die Morningpost aus Warschau meldet, ist Minsk seit Freitag in Händen der Bolschewisten. Eine neue russische Armee befindet sich im Anmarsch in der Richtung auf Minsk.

Eine Offensive der Gegenrevolutionäre?

Warschau, 29. Mai. (T. U.) Die Offensive der gegenrevolutionären Kräfte hat nunmehr begonnen. General Staniew eroberte unter andern die Städte Molltopol, Berdiansk und Mariopol am Nordufer des Niemen.

Aussände der Ukrainer in Südostgalizien.

Berlin, 30. Mai. Der polnische Diplomat Ludowy besichtigt die ukrainischen Aussände in Südostgalizien, die unterdrückt. In Jable eingerückte Truppen haben eine Reihe von Dörfern nach Kriegesrecht bestraft. Es sind 70 Personen verhaftet worden. Eine bolschewistische Organisation ist aufgedeckt. Man müsse sich jedoch klar machen, daß die eigentliche Ursache der Revolte der herrschende Hunger, unmenschliche Requisitionen und Drangsalierung der Bauern und Waldarbeiter waren. Der Bezirkshauptmann Poljow dürfte nicht eine Stunde länger auf seinem Posten verbleiben, weil Bajonette nicht auf die Dauer helfen könnten.

Radek über die polnische Gefahr.

Kopenhagen, 28. Mai. Berlingske Tidende, meldet aus Kowno: Die letzte Nummer des führenden Bolschewistenblattes Iswestia veröffentlicht einen Artikel von Karl Radek, in dem dieser in sehr entschiedener Weise auf die Gefahr aufmerksam macht, die Russland von Polen droht und er läßt Ru'and in sie sich klar darüber sein, daß Polen ein gefährlicherer und stärkerer Feind sei, und daß der Krieg nur dann zu einem schnellen und siegreichen Abschluß gebracht werden könne, wenn Räterussland alle ihm zur Verfügung stehenden Truppen schnell gegen Polen zusammenziehe. Es sei eine Notwendigkeit für Sowjetrussland, das weiße Polen zu vernichten. Räterussland könne ein weißes Polen nicht neben sich dulden. Das Sowjetssystem sei erst dann gesichert, wenn Räterussland ein bolschewistisches Polen an seiner Seite habe.

Die finnisch-russischen Friedensverhandlungen.

Nach einem Telegramm aus Helsinki hat die finnische Regierung der russischen Räteregierung vorgeschlagen, die finnisch-russischen Friedensverhandlungen am 10. Juni in Dorpat zu eröffnen.

Russisch-japanische Waffenstillstandsverhandlungen.

London, 29. Mai. (W. T. U.) Die Feindseligkeiten zwischen Japan und Russland sind am 25. Mai zu Ende gegangen. Russische und japanische Kommissionen sind zum Abschluß des Waffenstillstandes in Chabarowsk einetroffen.

Neue japanische Truppensendungen nach Sibirien?

Amsterdam, 30. Mai. Laut einer Eastern Service-Meldung aus Tokio erklärt das auswärtige Amt, die Entsendung weiterer Truppen nach Sibirien bezwecke keine dauernde Besetzung, sondern nur die Ablösung der dortigen Truppen.

Prozess gegen Kollischan.

Amsterdam, 29. Mai. Laut Times meldet der Moscauer drahtlose Dienst, daß der Prozess gegen die Minister Kollischan in Omsk begonnen hat.

Berurteilungen russischer reaktionärer Verschwörer

Kopenhagen, 28. Mai. Nach hiesigen Blättermeldungen aus Stockholm wurde in dem großen Nordprozess gegen die sogenannte russische Liga heute das Urteil gesprochen. Der Hauptangeklagte Hodelsch wurde zum Tode verurteilt, die übrigen fünf Angeklagten erhielten Zwangsarbeit von 2½ bis 10 Jahren. (Es handelt sich um die Verurteilung einer Anzahl Attentäter von Personen aus russischen reaktionären Kreisen gegen in Kollischan stehende Politiker und Beamte der Sowjetregierung.)

Die französische Kammer verlangt vollkommene Wiedergutmachung.

In einer Sitzung der Kammer am 28. Mai wurde eine Interpellation über die Festsetzung der von Deutschland zu zahlenden Entschädigung verhandelt. Der Ministerpräsident Millerand äußerte auf die Anfrage, daß Frankreich in Spa vollkommen freie Hand habe, daß noch keinerlei Summe für die Entschädigung festgesetzt sei. Die Auskünfte, die man seit einem Jahr erhalten habe, gähteten den Betrag der französischen Wiedergutmachung auf 200 bis 210 Milliarden Goldmark. Diese Schätzung beruhe nicht auf der Zahlungsfähigkeit Deutschlands, der Wert der Paulschulden hänge von vielen andern Elementen ab.

Die Diskussion zeigte das Bestreben, die Summe recht hoch zu bringen. Ministerpräsident Millerand nahm eine Tagesordnung Colrat an, die verlangt, daß der Friedensvertrag von Versailles Deutschland vollkommene Wiedergutmachung der Schäden an Personen und Gütern auferlege.

Die Kammer nahm diese Tagesordnung Colrat mit 535 gegen 88 Stimmen an. Unter den letzteren befanden sich 60 unjüdische Sozialisten. 33 Stimmenenthaltnungen verteilten sich auf fast alle politischen Kreise.

Eine von den Sozialdemokraten eingebrachte Tagesordnung behauerte die Irritieren, die im Laufe der Friedensverhandlungen begangen wurden und die finanzielle Solidarität für den Wiederaufbau und die Pensionen.

Ein Vorstoß Nittis zugunsten Deutschlands.

Wien, 28. Mai. (T. U.) Der Korrespondent der N. N. meldet: Wie in hiesigen maßgebenden politischen Kreisen verlautet, kommt der Konferenz in Spa eine sehr hohe Bedeutung zu. Der italienische Ministerpräsident Nitti wird einen sehr energiegelichen Vorstoß zugunsten Deutschlands unternehmen. Er will beantragen, daß die ersten internationalen Kredite Deutschland und Österreich gewährt werden, da zuerst die Länder vollkommen beruhigt werden müssen, in denen der Kommunismus durch die wirtschaftliche Notlage immer wieder ausbrechen könne. Es kann mit Sicherheit gesagt werden, daß Nitti bei seinem Auftreten die volle Unterstützung Englands finden wird. Sein Verhalten ist nicht nur durch Gründe der äußeren Politik bestimmt, sondern auch durch die Furcht vor den italienischen Sozialdemokraten.

Keine Verschiebung der Konferenz von Spa.

Paris, 31. Mai. (T. U.) Nach einer Meldung des Petit Parisien wird England und Frankreich einer Verschiebung der Konferenz von Spa nicht zustimmen, sondern auf ihrer Abhaltung am 21. Juni bestehen.

Die französische Regierung gegen die Beamtenverbände.

Paris, 30. Mai. (T. U.) Der Ministerrat genehmigte gestern, das Beamtenverzeichnis, das am Dienstag in der Kammer eingebracht werden wird. Er hat beschlossen, daß Beamte, die den Beschluß gefaßt haben, sich dem Allgemeinen Arbeiterverband (C. G. T.) anzuschließen, eine Warnung zugehen zu lassen. Es könne nicht gebühret werden, daß die Vereinigungen der Beamten in individualistischer Form entgegen den Befehlen weiter beständen. Anders verhalte es sich bei den Arbeitern, denen also das gemeinschaftliche Recht zuerkannt wird. Ein entsprechender Gesetzesentwurf soll am Dienstag der Kammer unterbreitet werden. Die Beamtenvereinigungen, die sich dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund (C. G. T.) angeschlossen haben, erklären, daß sie den Regierungsentwurf ablehnen, der diesen Anschluss verbietet. Auch die Vereinigung der Polizeiamten erklärt, daß sie sich von der Arbeiterklasse nicht trennen werde.

Ende der Eisenbahnerstreiks in Lyon und Marseille.

Nach Havasmeldungen aus Lyon und Marseille haben die Eisenbahner in den dortigen Bezirken heute die Arbeit aufgenommen.

Flucht des Großwehrs Ferid Pakha.

Paris, 30. Mai. Die Agentur Journalet verbreitet ein in türkischen Kreisen in Genf zirkulierendes Gerücht, daß der Großwehr Ferid Pakha aus Konstantinopel geflüchtet sei, um sich nach Angora zu begeben. Er wolle sich den Nationalisten anschließen, um den Friedensvertrag nicht unterschreiben zu müssen.

Erlöbung eines Amerikaners durch französische Soldaten.

Beuthen (Oberchl.), 30. Mai. Heute vormittag hielten die Franzosen am Ring einen Wagen der elektrischen Straßenbahn an und rissen den im Wagen befindlichen amerikanischen Staatsangehörigen Heide, der in Obereschleien Vorträge über Amerika hielt, heraus. Während die Franzosen vor dem Hotel Lomnich mit Heide verhandelten, fiel von der französischen Wache im Hotel Lomnich plötzlich ein Schuß, durch den Heide ins Herz getroffen und getötet wurde. Obwohl die Erregung unter der Bevölkerung sehr stark ist, ist es zu Ausschreitungen bisher nicht gekommen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Die tschecho-slowakischen Sozialisten gehen nicht nach Genf.

Prag, 29. Mai. Die erweiterte Vertretung der tschecho-slowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hielt gestern und heute Beratungen ab, in denen u. a. beschlossen wurde, den Genfer Kongress der zweiten Internationale nicht zu besichtigen.

Von Nah und Fern.

Grubenunglück in Schlesien. Waldenburg, 29. Mai. Gestern ereignete sich in den Schweißerschichten in der Glaskohl- und Friedenhoffnungsgrube eine schwere Grubenkatastrophe. Durch einen Grubenbrand entwickelte sich eine Schlagweiterekatastrophe. Bis jetzt wurden 7 Tote und 3 Schwerverletzte am Tageslicht befördert, doch befürchtet man noch weitere Opfer. Wie verlautet, soll der Grubenbrand schon seit einigen Tagen andauern, ohne daß es bisher gelungen war, diesen völlig einzudämmen.

Unwetter in Thüringen. Berlin, 31. Mai. Aus verschiedenen Teilen des Reiches, so auch Gotha, Rothenfels a. d. S., Ulfstädt, aus dem Kreise Eschwege usw. kommen Meldungen über schwere Unwetter, die schweren Schaden an der Getreibeernte sowie an den Obstbäumen anrichteten.

Große Waldbrände in Amerika. Neuport, 29. Mai. (Havasmeldung.) In verschiedenen Teilen der Vereinigten Staaten sind durch Waldbrände ungeheure Mengen an wertvollem Holz vernichtet worden.

Nummer 9
Montag,
31. Mai 1920

Wahlzeitung

Beilage
der Leipziger
Volkszeitung

Der 6. Juni ist Wahltag!

Der Schwindel von den hohen Bergarbeiterlöhnen!

In einem Artikel: „Muß die Kohle so teuer sein?“ schreibt Dr. R. Kuczynski, Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg:

Vor dem Kriege kostete im Ruhrgebiet die Tonne Steinkohlen 12 Mk., heute aber (in schlechterer Qualität) 210 Mk. In diesem Preise sind miteinhalten die Zuschüsse an die Zechen für Lebensmittel und Bergarbeiterwohnungen, die Kohlensteuer und die Umsatzsteuer. Seht man diese Posten ab, die für die Vorkriegszeit nicht in Frage kamen, so ergibt sich eine Steigerung von 12 Mk. auf 165 Mk. oder auf das Bierzehnfache. Vor dem Kriege entfielen auf den Arbeitslohn 52 Prozent; für die sonstigen Selbstkosten rechnete man 38 Prozent, für den Unternehmergewinn 10 Prozent. Es betragen also etwa pro Tonne: Arbeitslohn 6,20 Mk., sonstige Selbstkosten 4,60 Mk., Unternehmergewinn 1,20 Mk. Heute beträgt der Arbeitslohn für die Tonne etwa 66 Mk.; die sonstigen Selbstkosten, in denen auch die Schuldzinsen und zahlreiche andre Posten stecken, die gar nicht oder wenig gestiegen sind, machen höchstens 60 Mk. aus, so daß der Unternehmergewinn pro Tonne mindestens 34 Mk. beträgt. Der Unternehmergewinn ist also auf mindestens das 28fache gestiegen. Sein Anteil an dem Preis (ohne Zuschüsse und Steuern) beträgt nicht mehr 10, sondern mindestens 24 Prozent, während der Anteil des Arbeitslohnes von 52 auf 40 Prozent gesunken ist. Arbeitslohn und Unternehmergewinn verhalten sich nicht mehr wie 5 : 1, sondern wie 5 : 3.

Diese für die Volkswirtschaft sehr nachteilige und nur für wenige Mitbürger sehr vorteilhafte Wendung der Dinge ist erst in den letzten Monaten eingetreten. Im 4. Quartierjahr 1919 betrug die gesamte Steinkohlenförderung im Ruhrgebiet 19,6 Mill. Tonnen mit einem Gesamtwert (ohne Kohlen- und Umsatzsteuer) von annähernd 1,3 Milliarden Mark. Der gesamte Arbeitslohn betrug 694 Mill. Mark, d. h. 53 Prozent des Gesamtwertes. Auf eine Tonne entfielen also damals an Arbeitslohn 35 Mk., an sonstigen Selbstkosten schätzungsweise 23 Mk., an Unternehmergewinn etwa 8 Mk. Der Unternehmergewinn war also noch im 4. Quartierjahr 1919 relativ nicht viel höher als vor dem Kriege.

Seit dem 4. Quartierjahr 1919 ist der Arbeitslohn auf die Tonne Steinkohlen fast auf das Doppelte, der Unternehmergewinn aber auf etwa das Fünffache gestiegen. Und bei einem Vergleich ist noch zu berücksichtigen, daß die Arbeiter inzwischen das Opfer der Ueberwälzung der Verdiensterhöhung der Unternehmer nichts bekannt geworden ist. Vor dem Kriege betrug der gesamte Unternehmergewinn im Ruhrsteinkohlenbergbau monatlich 10 Mill. Mark, heute aber — trotz verringert Förderung — mindestens 250 Mill. Mark. Der Durchschnittslohn für die Schicht (einschließl. Ueberstunden) ist seit Kriegsbeginn auf etwa das Achtfache gestiegen. Nun ist es ja bei uns jetzt nicht üblich, daß sich die Unternehmer mit der gleichen Verdiensterhöhung begnügen wie die Arbeiter, aber vielmehr wäre eine Einigung auf mittlerer Basis denkbar, etwa in der Weise, daß die Unternehmer künftig monatlich nur ebensoviel verdienen würden wie früher jährlich. Dann wäre es doch immerhin möglich, den Kohlenpreis für die Tonne um 24 Mk. zu ermäßigen. Das würde eine Verbilligung der Erzeugungskosten für fast alle Waren bedeuten, und auch für die Reichsfinanzen wäre das vorteilhaft, denn der Ausfall an Kohlensteuer würde reichlich aufgewogen durch die Minderausgaben im Eisenbahnbetrieb usw.

Ih bin mir wohl bewußt: das Opfer, das ich hier den Zehnjährigen zuwende, ist ungeheuer groß. Wenn sie künftig nur 20 Mk. an der Tonne verdienen sollen, so schrumpft der Anteil ihres Gewinnes an dem Gesamtpreis (ohne Kohlensteuer und Umsatzsteuer) von gegenwärtig mindestens 24 Prozent auf 14 Prozent zusammen. Aber sie werden dann — wie ja auch auf dem Gebiete der Besteuerung — immer noch wesentlich besser daran sein als ihre englischen Kollegen, deren Gewinn nach dem neuesten Etat des dortigen Kohlenkontrollers nur 4 1/2 Prozent des Gesamtpreises der englischen Kohle ausmacht. Allerdings entfallen dort auf die Löhne nicht weniger als 73 Prozent, d. h. 17mal soviel wie auf die Unternehmergewinne, während die Löhne im Ruhrgebiet, wie gezeigt, gegenwärtig insgesamt nur das 1 1/2fache und nach Durchführung meines Vorschlags das 3/4fache der Unternehmergewinne ausmachen. Der Grund für die verschiedenartige Entwicklung ist eben der: am Gold gemessen sind heute in England die Bergarbeiterverdienste reichlich doppelt so hoch, die Unternehmergewinne etwa ebenso hoch wie vor dem Kriege; am Gold gemessen sind heute in Deutschland die Bergarbeiterverdienste wesentlich niedriger als vor dem Kriege, die Unternehmergewinne aber reichlich doppelt so hoch.

So der bürgerliche Statistiker! Arbeiter, denkt daran, daß alle bürgerlichen Parteien, von den Deutschen Nationalen bis zu den Demokraten; auf die hohen Arbeiterlöhne schimpfen und ihre Erniedrigung fordern, während sie an die hohen Unternehmergewinne nicht rühren!

Denkt daran, daß die Rechtssozialisten diesem Treiben niemals scharf entgegenzutreten wagten, daß sie ihm mandmal gar noch direkt Vorschub leisteten. Wählt die einzige Arbeiterpartei, die unabhängige Sozialdemokratie!

Sobald das Geld im Kästen klingelt.

Die Deutsche Volkspartei verkauft bekanntlich ausgedehnte Reichslandstücken schon für 150 000 Mk. So beschreiben sich die Deutschen Nationalen nicht. Wie in andern Dingen, reichen sie auch hier das Maul recht weit auf. 500 000 Mark ist der Preis, der bezahlt werden muß, um als Reichslandbesitzer an erster

Stelle ihrer Klasse zu kommen, wie eine Auslassung der mittelländischen Dresdener Bürgerzeitung beweist. Sie schreibt wörtlich:

„Besonders nachdenklich sollte uns das Verhalten der Deutschen Nationalen Partei stimmen. Diese hatte bei den Wahlen für die Reichslandbesitzer im Wahlkreis Ostpreußen unsern Mittelstandsvertreter, Herrn Kaufmann und Bürgermeister Stadtrat Wehlich, an die zweite Stelle gesetzt. Herr Wehlich wurde gewählt und erwies sich durch seine gründliche Kenntnis aller Mittelstandsfragen in der Reichslandbesitzerversammlung, wo er oft das Wort ergreift, als eifrig und erfolgreicher Vertreter unserer Interessen.“

Gegen einen parlamentarischen Versuch, einen bewährten und verdienstvollen Abgeordneten nicht hinter neuen unbekanntem Größen an wenig aussehendere Stelle laudieren zu lassen, wurde Herr Wehlich diesmal nur die dritte Stelle zugewiesen (ursprünglich stand er überhaupt nicht auf dem deutschnationalen Wahlzettel). Der Grund war der, daß der Vertreter der Industrie (Synodus Dr. Reichert) an die erste Stelle gesetzt wurde, weil er eine halbe Million zum Wahlkampf mitbrachte und die Landwirte mit der Ausstellung einer eigenen Liste drohten, wenn ihr Kandidat nicht an die zweite Stelle gesetzt würde. Die einbringlichen Vorstellungen des Landstättens des erwerbsfähigen Mittelstandes, Herrn Wehlich an zweiter Stelle zu belassen, wurden mit der Frage beantwortet: In welcher Höhe sich das Landstättens an den Wahlkosten beteiligen würde.“

So sieht die Partei aus, die alle Tage verkündet, für „Gleichheit“ und „Unbestechlichkeit“ einzutreten.

Als der selbige Teufel sein Bandwerk ausübte nach dem Grundsatz: „Sobald das Geld im Kasten klingelt, die Seele aus dem Angeber in den Himmel springt“, kam ein Luther und warf den sauberen Patron sein Tempel hinaus.

Wähler und Wählerinnen, macht es am 6. Juni mit den nationalen Parteien ebenso!

Wo liegt die Schuld an der Lebensmittelteuerung?

In den Jahren 1913 bis 1919 sind die Kosten der Ernährung, wenn man nur die Preise für die wichtigsten rationierten Lebensmittel derer, die aus dem freien Handel zu beziehen sind und der zur Ergänzung der Ernährung unbedingt notwendigen Zufäufe an Fett, Del, Speck und dergleichen hochwertigen Nahrungsmitteln zugrunde legt, um etwa um 60 Prozent gestiegen!

Kein Wunder deshalb, daß die Sterblichkeitskoeffizienten angeht dieser entscheidenden Teuerung in unheimlicher Weise ansgewachsen sind, daß insbesondere die Säuglings- und Kindersterblichkeit früher nie geahnte Grade erreichte und jetzt dauernd viele Millionen Volksgenossen unterernährt sind.

Die Agrarier und mit ihnen im Grunde sämtliche bürgerlichen Parteien behaupten, Schuld an dieser gewaltigen Steigerung der Ernährungspreise liegen hauptsächlich die hohen Löhne der Arbeiter und die dadurch hervorgerufenen Steigerungen aller Produktionskosten.

Auch die Rechtssozialisten unterstützen diese falsche Behauptung und ungerechte Teuerung der Arbeiterlöhne. Sie haben oft genug gegen die Streiks gewettert, die doch durch die Not der Arbeiterlöhne entpanden.

Wer aber trägt in Wirklichkeit die Schuld an der rasenden Lebensmittelteuerung?

Die amtlichen Ermittlungen des Reichswirtschaftsministeriums über die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionskosten in den Jahren 1913 bis 1919 zeigen, daß einzig und allein die Profitsucht der Agrarier die unerschwinglichen Preise für Lebensmittel aller Art herbeiführte. Im Zeitraum 1913 bis 1919 erhöhten sich in der Landwirtschaft im Durchschnitt um Prozent:

Notwendige Ausgaben für:

	Steigerung Proz.
Ähne und Gehälter	150
Saatgut	150
Düngermittel	130
Futtermittel	224
Maschinen	300
Gebäudedelkosten usw.	58
Wägen	260
Schmiermittel	450
Verkehrsmittel	121
Allgemeine Unkosten	65

Die Vertenerung keines einzigen dieser wichtigen Ausgabenposten in der Landwirtschaft erreicht nach den einwandfreien Angaben des Reichswirtschaftsministeriums auch nur annähernd die Verteuerung des notwendigen Nahrungsmittelbedarfs.

Nicht die Lohnsteigerungen der landwirtschaftlichen Arbeiter und Angestellten, nicht die Erhöhung der Produktionskosten können also verantwortlich gemacht werden für die wahnsinnige Verteuerung des Nahrungsmittelbedarfs.

Auf Kosten der breiten Massen der Bevölkerung vollzieht sich vielmehr eine gewaltige Steigerung des Gewinns aller landwirtschaftlichen Produzenten. Die wirtschaftspolitische Unfähigkeit der Nationalversammlung und Regierung, die durch Ueberforderung in Milliardenhöhe dem Profitsucht der Agrarier entsprachen, die feinerlose wüste Maßnahmen gegen den Wucher und Schleichhandel trafen, die die Dinge gehen ließen, wie sie liefen, begünstigten die ganz ungerechtfertigte Preissteigerung für Lebensmittel.

Nur ein Mittel gibt es, ihr ein Ende zu bereiten, zu verhindern, daß die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung noch mehr, als sie es schon ist, herabgedrückt wird. Nur die Sozialisierung des Großgrundbesitzes kann das Volk vor Auswanderung und vor drohender dauernder Unterernährung schützen. Nur sie allein, die ein Verteuern der Produkte aus Profitsüchtelei unmöglich macht, ermöglicht eine Sentung der Lebensmittelpreise!

Keine bürgerliche Partei will die Sozialisierung des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes. Stimmt sie bei der Verfassungsberatung in Weimar doch gegen den Antrag der unabhängigen Sozialdemokraten auf Ueberführung des Privateigentums an Grund und Boden in den Besitz der Allgemeinheit. Und die Rechtssozialisten, die die Sozialisierung mit den Lippen bekennen, stimmen mit ihnen. Sie sind also allesamt mitschuldig an dem Wucher mit Nahrungsmitteln.

Einzig und allein die unabhängige Sozialdemokratie hat bisher scharf und rücksichtslos den Kampf gegen die agrarische Preissteigerung geführt, hat sich gegen die Aufhebung der Zwangsverteilung wichtiger Lebensmittel gemandt, hat gegen die Viebesgaben an die Großagrarier gekämpft und endlich die Sozialisierung des Großgrundbesitzes verlangt!

Kein Arbeitszwang.

„Die deutsche Sozialdemokratie hat nichts so heftig und so entschieden bekämpft, wie den Arbeitszwang. Sie kann nicht dazu übergehen, diesen Arbeitszwang, verbunden mit politischer Entrechtung, unter dem Schlagwort Diktatur des Proletariats für einen andern Volksteil anzuführen.“ — So schrieb am 27. Juni 1919 in einem Aufruf der Parteivorstand der Rechtssozialisten. Der „andre Volksteil“, gegen den es nach der Auffassung des rechtssozialistischen Parteivorstandes keinen Arbeitszwang geben darf, das ist die Bourgeoisie. Der Arbeiterpartei gegenüber hat die Koalitionsregierung und ihre Organe unter der Führung derselben Rechtssozialisten recht reichlich von dem Mittel des Arbeitszwanges Gebrauch gemacht. Dafür einige Beispiele:

- a) die Arbeit (den Dienst) niederzulegen,
- b) von der Arbeit (dem Dienst) fernzubleiben, ohne nachweislich arbeitsunfähig zu sein,
- c) die Arbeit (den Dienst) zu verweigern oder die Arbeit absichtlich einzuschränken.

Im § 9 derselben Verordnung wurde den landwirtschaftlichen Arbeitern nicht nur das Streikposten stehen, sondern auch die Vernachlässigung bestimmter Arbeiten verboten.

Als im Anfang dieses Jahres die Bergarbeiter im Ruhrrevier zur Erreichung der Sechständenschicht in den Streik treten wollten, verbot der Militärbefehlshaber des Bezirks Münster sämtliche Belegschaftsversammlungen, ebenso das Streikpostenstehen. Alle bestehenden Streikausschüsse und Streikleitungen wurden aufgelöst, Arbeiter, die Notstandsvereinigungen ablehnten, wurden Straf anzeigen und sofortige Verhaftung angebroht. Ebenso drohte man allen die Verhaftung an, die zur Verweigerung der Notstandsarbeiten aufforderten. Außerdem drohte der Regierungskommissar, der Rechtssozialist Severing den Bergarbeitern noch mit folgenden Maßnahmen: „Mit Streikenden wird nicht verhandelt. Alle Streikenden gelten als entlassen und müssen, wenn sie auf ihrer Zeche wieder in Arbeit treten wollen, sich neu anlegen lassen. Daß alsdann die Führer der wilden Streikbewegung von der Niederaufnahme ausgeschlossen bleiben, ist selbstverständlich. Einen Schutz vor Maßregelungen wird die Regierung in diesem Falle nicht gewähren. Die in passiver Resistenz an der Arbeitsstätte verbrachten Stunden werden selbstverständlich nicht bezahlt werden. Alle Personen, die, ohne dazu befugt zu sein, frühere Ausfahrten anordnen oder an diesen Ausfahrten sich beteiligen, werden in Haft genommen und bestraft. Es sind alle Vorbereitungen getroffen, Truppen, Sicherheitswehren und die neue Sicherheitspolizei stehen in Bereitschaft.“

Auch der ehemalige rechtssozialistische Reichswehrminister Noske selbst hat sich auf diesem Gebiet betätigt. Am 27. Juni 1919 verordnete er auf Grund des Belagerungszustandes folgendes:

„Sämtlichen innerhalb meines Befehlsbereichs bei Eisenbahnbetrieben beschäftigten Personen ist bis auf weiteres verboten, wenn sie nicht den Nachweis der Arbeitsunfähigkeit erbringen: 1. Die Arbeit niederzulegen, 2. von der Arbeit fernzubleiben, 3. die Arbeit zu verweigern, 4. ohne Zustimmung ihrer Dienstvorgesetzten die Arbeitsstelle zu wechseln. Personen, die die Arbeit bereits aufgegeben haben, haben die Arbeit am 28. Juni wieder aufzunehmen. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.“

Nach einem Schritt weiter ging der Staatskommissar für Oberschlesien, der Rechtssozialist Hörsing. Er gab im April 1919 im Einverständnis mit dem kommandierenden General des 6. Armeekorps eine Verordnung gegen die Streikenden im Regierungsbezirk Oppeln heraus. Darin wurde ganz allgemein verfügt: Alle männlichen Einwohner vom vollendeten 17. bis 25. Lebensjahre sind verpflichtet, auf Aufforderung der Kommunalbehörden alle ihnen zur Aufrechterhaltung gemeinnütziger Betriebe zugewiesenen Arbeiten bei Strafe von Gefängnis bis zu einem Jahre oder bis zu 1500 Mk. Geldstrafe zu leisten.

So sieht der „heftige“ und „entschiedene“ Kampf, den die Rechtssozialisten nach der Erklärung ihres Parteivorstandes angeblich führen, in der Praxis aus. Die Arbeiter und Angestellten, die heute noch den Rechtssozialisten nachlaufen und gewillt sind, deren Liste zu wählen, können aus diesen Tatsachen lernen, wie ihre Interessen von dieser Partei gewahrt werden. Mit Rücksicht auf die bürgerlichen Parteien, die mit ihnen die Koalitionsregierung bilden, müssen die Rechtssozialisten den Verbündeten weitgehende Konzessionen machen. Die bürgerlichen Parteien aber fordern und betreiben den Wiederaufbau des kapitalistischen Wirtschaftssystems, und die Rechtssozialisten gehen ihnen dabei hilfreich zur Hand. Weil aber Streiks der Arbeiter diesen Wiederaufbau stören, muß eben die Arbeiterpartei durch Zwangsmaßnahmen zur Arbeit gezwungen werden. Und das haben die Rechtssozialisten, wie die obigen Beispiele zeigen, mit aller Gründlichkeit befoht. Was die Arbeiterpartei bei den Wahlen auf den Rechtssozialisten die ihnen für ihr Verhalten gebührende Antwort geben.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Georg Meißner in Leipzig.
Verantwortlich für den Anzeigenenteil:
Friedrich Hiller, Postdorfer-Platz.
Druck und Verlag: Leipziger Anzeiger-Verlagsgesellschaft, Leipzig.
Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

U.S.P.D. Groß-Leipzig

Große öffentliche Wähler-Versammlungen:

Montag, den 31. Mai, abends 7/8 Uhr

L.-Schönefeld in der Turnhalle der neuen Schule
Frauenversammlung. Referentin: Genossin Berla Thiel.

Brandis im Parkschlößchen Referent: Genosse Friedrich Geyer.

Wachau im Gasthof Referent: Stadtverordneter Genosse Krug.

Engelsdorf im Gasthof Hesse Referent: Volkshammermitglied Genosse Artur Dennyhardt.

Gautsch im Alten Gasthof 8 Uhr. Referent: Gen. Kurt Wildels.

Böhren-Sestewitz u. Ung. im Gasthof Schießgraben Ref.: Reichstagskandidat Genosse Johannes Schöning.
Dienstag, den 1. Juni, abends 7/8 Uhr

Alt-Leipzig im Sanssouci. Referent: Genosse Paul Plothe.

Leutzsch im Schwarzen Jäger Ref.: Genosse Artur Lieberasch.

L.-Thonberg im Gasthof Neureudnitz Frauenversammlung. Referentin: Genossin Anna Kühn.

Lieberwolkwitz im Gambrinus Referent: Genosse Erich Schilling.

Güldengossa im Gasthof Referent: Genosse Alfred Kerschmar.

L.-Connewitz im Sächsischen Haus Frauenversammlung. Ref.: Gen. Karl Weich.

Kleinpösna im Gasthof abends 8 Uhr. Referent: Redakteur Genosse Wb. Fichte.

Gradesfeld-Grasdorf im Gasthof Referent: Stadtverordneter Genosse Joh. Scheib.

L.-Stötteritz im Löwenpark Frauenversammlung. Referentin: Genossin Aug. KENNIG.
Mittwoch, den 2. Juni, abends 7/8 Uhr

Plagwitz-Lindenau-Schleußig im Felsenkeller Referent: Reichstagskandidat Genosse Joh. Schöning.

Mölkau in der Neuen Welt Frauenversammlung. Referentin: Genossin Anna Kühn.

Großpösna im Gasthof Referent: Genosse Karl Schrörs.

Deßich im Gasthof zur Linde Referent: Genosse R. Kopplisch.

Thekla im Gasthof Referent: Genosse Kurt Wildels.

Lützschena im Gasthof Referent: Genosse Herm. Liebmann.

Thema in allen Versammlungen:

1. Die Bedeutung der kommenden Reichstagswahl.
2. Freie Aussprache. Zahlreichen Besuch erwartet Der Hauptvorstand.

Die Mark steigt! ♦ Die Preise fallen!

Fischwarengroßhandlung

Baumann

Tel. 14122 Windmühlenstr. 42 Tel. 14122

empfiehlt für diese Woche weit über **10000** Pfund frische

Fluß-See-Fische!

Prachtvolle Schollen, Rotzungen, Bleie, Seelachs
Schellfisch, Kabeljau ohne Kopf zum

Einheits-Preis

Gratis!

Bei 3 Pfund
1/2 Pfd. Tafel-Senf und
1 Pack Fisch-Gewürz

von **2** Mark pro Pfund

Gratis!

Bei 3 Pfund
1/2 Pfd. Tafel-Senf und
1 Pack Fisch-Gewürz

Prima Salzheringel! Sorte II 250 Pfund Mk. Sorte I 350 Pfund Mk.

Prima Herings-Rogen Pfund 100 Mk.

Prima frische Herings-Milch Pfund 150 Mk.

Reichs-, Staats- u. Gemeindebeamte!

Mittwoch, den 2. Juni 1920, abends 7/8 Uhr:

Öffentl. Beamten-Versammlung

im Volkshaus, Zeiger Straße 32.

Tagesordnung:

1. Die Beamten und die Reichstagswahlen. Referent: Genosse Fritz Sogor, Stadtverordnetenvorsteher und Mitglied der Nationalversammlung.
 2. Freie Aussprache. Zahlreichen Besuch erwartet
- Der Hauptvorstand Groß-Leipzig U. S. P. D.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Büreau: Gewerh. 1 (Hotel Victoria), I. Stock, Blümlerstr. 6. Tel. 12731.

Zahlstelle Leipzig.

Büreaustunden: Vorm. 9-11, Nachm. 5-7 Uhr. Sonnab. nur 9-11 Uhr.

Mitglieder-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

Lieberwolkwitz, Zum Hof, Dienstag, den 1. Juni, nachmittags 5 Uhr
Silberpappel, Kirchstraße, Mittwoch, den 2. Juni, nachmittags 5 Uhr
Ritterschlößchen Barmbeck, Mittwoch, den 2. Juni, nachmittags 5 Uhr
Volkshaus, Zeiger Straße, Donnerstag, den 3. Juni, nachmittags 5 Uhr
Westendhallen, Johoerische Str., Donnerstag, 3. Juni, nachm. 5 Uhr
Brandis, Parkschlößchen, Donnerstag, den 3. Juni, nachm. 5 Uhr

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Die Gewerkschaften und die bevorstehenden Reichstagswahlen.
2. Bericht über die laufenden Lohnbewegungen.
3. Gewerkschaftliches. Das Erscheinen aller ist Pflicht! Die Preisverwaltung. Ausschneiden und in den Betrieben zirkulieren lassen!

Reparaturen an Ihren Fed. Art nur streng solide Ausführung u. unt. Garant. bei **Gustav Kaniss** Uhrmach. Tauchaer Str. 4.

U. S. P. D. Gross-Leipzig.

Alt-Leipzig, Bezirk Osten. Donnerstag, den 3. Juni, abends 7/8 Uhr. Bezirks-Mitgliederversammlung im Restaurant Gutenberg, Johannsstraße 1021. B. I. Wichtige Tagesordnung. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist unbedingt nötig. Der Vertrauensmann.

Gegen Würmer hat sich Wurmfeind als Abwehrmittel für Frau und Kinder vorzüglich bewährt. Nur echt König-Salomo-Apothek, Leipzig.

Erfinder erhalten anreg. Broschüre emaonal. Walter & Co., Wilmor.

Tapeten No. 1.-, 1.50, 2.- an **Rich. Körner** Eisenstr. 54, 6de St. Oberstr.

Getrag. Herrengard. Anja, Jacketts, Dosen, West, Jacketts, Gebrod, Smoking, Kutanas, W. Sachen, Wäsche lautt. * **Modew. Windmühlenstr. 33, I. neb. Victoria.**

Metallarbeiter

Verband Die Arbeiter hier sind alle in die Arbeit hineingeworfen und können nicht mehr arbeiten. Krankmeldungen müssen gegen Einreichung von Verbandsnachweis innerhalb drei Tagen erfolgen.
Dienstag, den 1. Juni, abends 7 Uhr. **Westen. Sitzung der Vertrauensmänner und Betriebsräte** in den Westendhallen, Johoerische Straße. Vertretung aller Betriebe notwendig. Agitationskomitee S.-West.

Verein Ansiedlung Ost-Leipzig Jugendabteilung.

Bersammlung findet Donnerstag, den 3. Juni, abends 7 Uhr, im Jugendheim, Töpferstr. 3, statt. Erscheinen aller Jugendlichen ist Pflicht.

Ratte Frauen überanstrengte, frange, apathische und munde-lose Naturen, denen Liebeswonne unange-nehm und ein Grauel ist, die oftmals sogar mit Widerwillen und Abscheu gegen den Mann erfüllt sind. Wesen, Ursachen und Heilung. Hierüber spricht nur vor Damen morgen und Mittwoch, 7 u. 7 Uhr, im Schauspielhaus, Vorderhaus 2. Et., unter erfahrener Vertretung Herr Uhlis. Eintritt für Nichtmitgl. 1 Mk. Gänge wirtl. Vereinf. für Lebens-u. Heilung. Nächsten Sonntag, 6. Juni, ab 4 Uhr, im gr. Saal des Waldcafes großer Unterhaltung- und Ballabend. Zu vor Spaziergang ab 3 Uhr vom Germaniabad.

Am 29. Mai, früh 7/8 Uhr, entfiel infolge Herzschlag sanft und unerwartet, meine herzensgute Frau **Johanna Martha Reinecke geb. Feilscher** im Alter von 29 Jahren. Sie folgte ihrem lieben Töchterchen nach. L.-Anger, Goldhörnstr. 2b, I. r., b. 31. 5. 1920. In tiefer Trauer **Willy Reinecke** nebst Eltern, Geschwistern und Anverwandten. Die Beerdigung findet Dienstag, nachm. 3 Uhr, von der Kapelle des Trinitatisfriedhofs aus statt.

Verein Telegrammbesteller Leipzigs. Am Sonntagabend, dem 29. Mai, verstarb im Krankenhaus St. Georg unser lieber Kollege und Vereinsmitglied, der Telegrammbesteller **Willy Diebel** nach langer schwerer Krankheit. Wir verlieren in ihm einen guten Freund und treuen Mitarbeiter und werden sein Andenken stets in Ehren halten. **Der Gesamtvorstand.**

Beifügung. Zurückgeschickt vom Grabe meiner lieben Frau und guten Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau **Luise Ehrlich** sage ich allen Hausbewohnern und Nachbarn, Verwandten und Bekannten für das letzte Geleit und Blumenpenden beim Begräbnis meinen innigsten Dank. Dank allen denen, welche mir bei der Pflege beigefallen haben. L.-Sellenhausen, Weiblichstraße 2. Die trauernden Hinterbliebenen **A. Ehrlich und Kinder.**

Zeitungen Bücher Zeitschriften Lumpen Flaschen sämtliche Almetalle sowie sämtliche Rohprodukte kauft auch von außerhalb **Altenburg** Hospitalstraße 2 Telefon 9769

Sekt-Wein-Kognak-Burgunder-Milch-Flaschen kauft jeden Posten hier und von auswärts **Zwicker** (früher Falck) Eisenbahnstraße 133 Telefon 1102.

Reichstagswahl.

Die Wahlen finden

Sonntag, den 6. Juni 1920,

Nach. Die Wahlhandlung beginnt 8 Uhr vormittags und wird um 8 Uhr nachmittags geschlossen.

Jeder Wähler hat eine Stimme. Das Wahlrecht kann nur in dem Wahlbezirk ausgeübt werden wo der Wahlberechtigte wohnt und in die Wählerliste eingetragen ist.

Das Wahlrecht ist persönlich und durch Abgabe eines Stimmzettels auszuüben. Der Stimmzettel, 9 zu 12 cm groß, muß von weißem oder weißlichem Papier und darf mit keinem Kennzeichen versehen sein.

Der Stimmzettel darf nur Namen aus einem einzigen Kreiswahlvorschlag enthalten. Ein Name genügt. An Stelle der Namen oder neben ihnen darf der Stimmzettel auch die Bezeichnung des Kreiswahlvorschlags mit der Nummer aus der amtlichen Bekanntgabe enthalten. Die Angabe einer Partei auf dem Stimmzettel wird nicht beachtet. Weitere Angaben machen den Stimmzettel unzulässig.

In jedem Wahlraum ist eine Einrichtung getroffen, daß der Wähler unbeschadet seines Stimmzettels in einem amtlichen Umschlag einlegen kann, den er im Wahlraum erhält.

Mehrere in einem Umschlag enthaltene gleichlautende Stimmzettel gelten für eine Stimme; in einem Umschlag enthaltene, auf verschiedene Wahlvorschläge lautende Stimmzettel sind unzulässig. Der dem Stimmzettel enthaltene Umschlag ist persönlich dem Wahlvorsteher oder seinem Stellvertreter zu übergeben, der ihn sofort uneröffnet in die Wahlurne legt.

Die Stadt Leipzig ist in 278 Wahlbezirke eingeteilt worden.

Hiermit werden die Abgrenzung der Wahlbezirke, die Wahlvorsteher und Stellvertreter und die Wahlräume bekanntgegeben.

An den nächsten Tagen wird an den Plakatsäulen ein alphabetisches Straßenverzeichnis veröffentlicht werden, aus dem die Wahlbezirke und Wahlräume für die einzelnen Straßen zu ersehen sind.

Der Rat der Stadt Leipzig. Wahlamt.

Leipzig-Stadt.

- 1. Wahlbezirk. Burgplatz, Burgstraße, Gewandhäuser, Hugo-Platz, Kupfergasse, Kottlerstraße, Magasinsgasse, Mar'safenstr., Markt, Neumarkt, Peterstraße, Peterstraße, Kreuzberggasse, Rathhausgasse, Schloßgasse, Schulstraße, Sporengäßchen, Thomagasse, Thomastischhof. — Wahlberechtigt 2199 Wähler. Wahllokal: Frauenberufsschule, Schillerstraße 9.

- 22. Wahlbezirk. Hartorfstraße, Gärtelstraße, Königsplatz, Kramerstraße, Markthallenstraße, Mühlengasse, Nonnenmühlengasse, Wächterstraße. — Wahlberechtigt 2319 Wähler. Wahllokal: 1. höhere Mädchenschule, Albersstraße 23 (Schletterplatz).

- 61. Wahlbezirk. Elsterstraße, Kolonnenstraße. — Wahlberechtigt 2185 Wähler. Wahllokal: Thomasschule, Schreiberstraße 9.

Deßliche Stadtteile.

- 83. Wahlbezirk. A.-Anger-Crottendorf. Bernhardtstraße 1 bis 45 und von 2 ab, Verlängerte Bernhardtstraße, Brandiser Str. 1 u. 2, Koppsackstraße von 3 und 4 ab. — Wahlberechtigt 2879 Wähler. Wahllokal: 17. Volksschule, Anger-Crottendorf, Karl-Bogelstraße 17/19.

- 198. Wahlbezirk. S. Lindenau. Friedrich-Kugler-Str. 1 bis 33, 2 bis 34, Gieselerstr. 1 bis 9, 2 bis 10, Deitlenstr. Jordanstr. Kanalerstr. — Wahlberechtigt 2374 Wähler. Wahllokal: 4. Volksschule, Lindenau, Kanalerstr. 4.
- 199. Wahlbezirk. S. Lindenau. Abrahamstr. Bärneder Str. Bauerstr. Biederstr. Bienerstr. Credostr. Dünkerstr. Gontowstr. Graßstr. Gröplerstr. Halberstr. Jadasohnstr. Am Kanal. Käthestr. Morgenstr. Plautstr. Radlstr. Reimelstr. Salsstr. 2. Thiermarstr. Spinnereistr. Thüringer Str. 1 bis 21, 2 bis 14, Wiprechtstr. — Wahlberechtigt 2489 Wähler. Wahllokal: 46. Volksschule, Lindenau, Salsfelder Str. 27.
- 200. Wahlbezirk. S. Lindenau. Demmeringstr. weßlich der Eisenbahnführung. Birrenberger Str. Gerar Str. Großer Str. Löhner Str. weßlich der Eisenbahnführung. Salsfelder Str. — Wahlberechtigt 2481 Wähler. Wahllokal: 46. Volksschule, Lindenau, Salsfelder Str. 27.
- 201. Wahlbezirk. S. Lindenau. Demmeringstr. 1 bis 95, 2 bis 100. — Wahlberechtigt 2237 Wähler. Wahllokal: 45. Volksschule, Lindenau, Demmeringstr. 84.
- 202. Wahlbezirk. S. Lindenau. Hellmuthstr. Hühner Str. 49 bis 119, 72 bis 126. — Wahlberechtigt 2339 Wähler. Wahllokal: 45. Volksschule, Lindenau, Demmeringstr. 84.
- 203. Wahlbezirk. S. Lindenau. Demmeringstr. 1 bis 95, 2 bis 100. — Wahlberechtigt 2237 Wähler. Wahllokal: 45. Volksschule, Lindenau, Demmeringstr. 84.
- 204. Wahlbezirk. S. Lindenau. Raimundstr. Reuterstr. — Wahlberechtigt 2310 Wähler. Wahllokal: 45. Volksschule, Lindenau, Demmeringstr. 84.
- 205. Wahlbezirk. S. Lindenau. Cranachstr. Reßburger Str. von 77 und 79 ab. — Wahlberechtigt 2509 Wähler. Wahllokal: 45. Volksschule, Lindenau, Demmeringstr. 84.
- 206. Wahlbezirk. S. Lindenau. Gochstr. Löhner Str. 1 bis 47, 2 bis 69-70, Oedermannstr. — Wahlberechtigt 2220 Wähler. Wahllokal: 44. Volksschule, Lindenau, Demmeringstr. 81/83.
- 207. Wahlbezirk. S. Lindenau. Knochstr. Dreilindenstr. Gemeindeführerstr. Lindenauer Markt. Marktstr. — Wahlberechtigt 2317 Wähler. Wahllokal: 44. Volksschule, Lindenau, Demmeringstr. 81/83.
- 208. Wahlbezirk. S. Lindenau. Henrichstr. Kusturmstr. — Wahlberechtigt 2368 Wähler. Wahllokal: 44. Volksschule, Lindenau, Demmeringstr. 81/83.
- 209. Wahlbezirk. S. Lindenau. Ingerstr. Kahlstr. Koberger Str. Koberger Marktstr. Koberger Markt. — Wahlberechtigt 2325 Wähler. Wahllokal: 44. Volksschule, Lindenau, Demmeringstr. 81/83.
- 210. Wahlbezirk. S. Lindenau. Kuglerstr. Kuglermarktstr. Kuglermarkt. — Wahlberechtigt 2540 Wähler. Wahllokal: 41. Volksschule, Lindenau, Demmeringstr. 81/83.
- 211. Wahlbezirk. S. Lindenau. Albertinerstr. — Wahlberechtigt 2473 Wähler. Wahllokal: 42. Volksschule, Lindenau, Friesenstr. 8.
- 212. Wahlbezirk. S. Lindenau. Friesenstr. Humpelstr. Deutscher Str. Ottolstr. — Wahlberechtigt 2430 Wähler. Wahllokal: 42. Volksschule, Lindenau, Friesenstr. 8.
- 213. Wahlbezirk. S. Lindenau. Gunderser Str. — Wahlberechtigt 2301 Wähler. Wahllokal: 42. Volksschule, Lindenau, Friesenstr. 8.
- 214. Wahlbezirk. S. Lindenau. Calovstr. Holststr. — Wahlberechtigt 2253 Wähler. Wahllokal: 42. Volksschule, Lindenau, Friesenstr. 8.
- 215. Wahlbezirk. S. Lindenau. Georgerstr. Gochstr. Kuedstr. Spitalstr. — Wahlberechtigt 2393 Wähler. Wahllokal: 43. Volksschule, Lindenau, Umlandstr. 8.
- 216. Wahlbezirk. S. Lindenau. Geyersstr. Umlandstr. Umlandstr. — Wahlberechtigt 2067 Wähler. Wahllokal: 43. Volksschule, Lindenau, Umlandstr. 8.
- 217. Wahlbezirk. S. Lindenau. Hölftstr. Döhlstr. Himmelsstr. Grobmannstr. Rosenmüllerstr. — Wahlberechtigt 1828 Wähler. Wahllokal: 43. Volksschule, Lindenau, Umlandstr. 8.
- 218. Wahlbezirk. S. Lindenau. Güntherstr. Klopstr. Klopstr. Klopstr. — Wahlberechtigt 1631 Wähler. Wahllokal: 43. Volksschule, Lindenau, Umlandstr. 8.
- 219. Wahlbezirk. S. Plagwitz. Friedrich-Kugler-Str. 38-39, Gieselerstr. 11 bis 27, 12 bis 28, Ringstr. 1 bis 5, 2 bis 6, Raumburger Str. Salsstr. Spinnereistr. Thüringer Str. 16, 18, 23, 25, Salsstr. — Wahlberechtigt 2540 Wähler. Wahllokal: 47. Volksschule, Plagwitz, Ellabetzhallen 24/26.
- 220. Wahlbezirk. S. Plagwitz. Eduardstr. Ellabetzhallen 2 bis 45, 2 bis 60, Jahnstr., Schmidtstr. — Wahlberechtigt 2500 Wähler. Wahllokal: 47. Volksschule, Plagwitz, Ellabetzhallen 24/26.
- 221. Wahlbezirk. S. Plagwitz. Erdmannstr. Forststr. Geisstr. Koberger Str. Koberger Markt. — Wahlberechtigt 2324 Wähler. Wahllokal: 47. Volksschule, Plagwitz, Ellabetzhallen 24/26.
- 222. Wahlbezirk. S. Plagwitz. Alte Str. Amalienstr. Ernststr. Str. Str. — Wahlberechtigt 2384 Wähler. Wahllokal: 47. Volksschule, Plagwitz, Ellabetzhallen 24/26.
- 223. Wahlbezirk. S. Plagwitz. Karl-Deine-Str. 1 bis 111, 2 bis 38, Jägerstr. 7 bis 79, 12 bis 74. — Wahlberechtigt 2419 Wähler. Wahllokal: Fach- und Fortbildungsschule für Mädchen des Westbezirks, Plagwitz, Amalienstr. 10.
- 224. Wahlbezirk. S. Plagwitz. Birkenstr. 30 und 32, Weisenfelder Str. — Wahlberechtigt 2174 Wähler. Wahllokal: Fach- und Fortbildungsschule für Mädchen des Westbezirks, Plagwitz, Amalienstr. 10.
- 225. Wahlbezirk. S. Plagwitz. Raumburger Str. Merseburger Str. 1 bis 25, 2 bis 38. — Wahlberechtigt 2326 Wähler. Wahllokal: Fach- und Fortbildungsschule für Mädchen des Westbezirks, Plagwitz, Amalienstr. 10.

- 226. Wahlbezirk. S. Plagwitz. Seumetstr. Silesstr. — Wahlberechtigt 2408 Wähler. Wahllokal: 48. Volksschule, Schleußig, Könnertstr. 47.
- 227. Wahlbezirk. S. Schleußig. Brochhausstr. 1 bis 19, 2 bis 32, Jahnstr. 1 bis 35, 2 bis 32, Quandstr. — Wahlberechtigt 2145 Wähler. Wahllokal: 48. Volksschule, Schleußig, Könnertstr. 47.
- 228. Wahlbezirk. S. Schleußig. Könnertstr. 1 bis 55, 2 bis 52, Könnertstr. ungerade Nummern. — Wahlberechtigt 2450 Wähler. Wahllokal: 48. Volksschule, Schleußig, Könnertstr. 47.
- 229. Wahlbezirk. S. Schleußig. Brochhausstr. von 21 u. 24 an, Huberstr. Könnertstr. gerade Nummern. — Wahlberechtigt 2067 Wähler. Wahllokal: 48. Volksschule, Schleußig, Könnertstr. 47.
- 230. Wahlbezirk. S. Schleußig. Könnertstr. von 57 u. 54 an. — Wahlberechtigt 1913 Wähler. Wahllokal: 49. Volksschule, Schleußig, Deferstr. 1/3.
- 231. Wahlbezirk. S. Schleußig. Herstr. Schornstr. — Wahlberechtigt 2279 Wähler. Wahllokal: 49. Volksschule, Schleußig, Deferstr. 1/3.
- 232. Wahlbezirk. S. Schleußig. Seipstr. Wilmmerstr. Dammtstr. Erhardstr. Baumbachstr. Viktorstr. Brochhausstr. Koberger Markt. — Wahlberechtigt 2300 Wähler. Wahllokal: 48. Volksschule, Schleußig, Deferstr. 1/3.

Nördliche Stadteile.

- 233. Wahlbezirk. S. Eutritzsch. Döllischer Str. 25 bis 51, 24 bis 30b, Fiedlerstr. 1 bis 15, 2 bis 18 und 9, Blumenstr. 17 bis 27, 28 bis 33, Dinterstr. Gelberstr. Koberger Marktstr. 24 bis 34, Kanalarstr. Kraweg 10 und 12, Kiehlstr. gerade Nummern, Kraweg 5 und 6, Voßstr. gerade 1 bis 9, 2 bis 10, Kiehlstr. Kiehlstr. 1 bis 7, 2 bis 10. — Wahlberechtigt 2267 Wähler. Wahllokal: 35. Volksschule, Gohlis, Pariser Str. 4/6.
- 234. Wahlbezirk. S. Eutritzsch. Mollauer Str. 1, Theresienstr. ungerade Nummern, außer 51 und 53, Wilmmerstr. von 27 und 12 ab. — Wahlberechtigt 2454 Wähler. Wahllokal: 33. Volksschule, Eutritzsch, Anhalter Str. 1.
- 235. Wahlbezirk. S. Eutritzsch. Kahlstr. von 23 und 16 ab, Weidnerstr. Wilmmerstr. — Wahlberechtigt 2271 Wähler. Wahllokal: 33. Volksschule, Eutritzsch, Anhalter Str. 1.
- 236. Wahlbezirk. S. Eutritzsch. Madalenenstr. Schiebstr. — Wahlberechtigt 2498 Wähler. Wahllokal: 31. Volksschule, Eutritzsch, Anhalter Str. 1.
- 237. Wahlbezirk. S. Eutritzsch. Gohlischer Str. Hamburger Str. von 31 und 42 ab, Kunadstr. Salsmannstr. — Wahlberechtigt 2079 Wähler. Wahllokal: 33. Volksschule, Eutritzsch, Anhalter Str. 1.
- 238. Wahlbezirk. S. Eutritzsch. Anhalter Str. Bernburger Str. Schladitzer Str. 3. Schnefelder Str. Schnefelder Str. Lagerplatz. Wölter Str. — Wahlberechtigt 1706 Wähler. Wahllokal: 33. Volksschule, Eutritzsch, Anhalter Str. 1.
- 239. Wahlbezirk. S. Eutritzsch. Döllischer Str. von 53 und 82 ab, Blumstr. Eutritzsch Markt. Grünstr. Grüner Weg. Mollauer Str. — Wahlberechtigt 2017 Wähler. Wahllokal: 34. Volksschule, Eutritzsch, Döllischer Str. 110.
- 240. Wahlbezirk. S. Eutritzsch. Döllischer Str. Döllischer Str. von 27 und 18 ab, Eutritzsch Markt, Wölter Str. von 45 und 38 ab, Kiehlstr. 1 bis 17, 2 bis 30, Kiehlstr. Kraweg von 1 ab und 2 bis 5, Voetenweg 1 bis 11 und von 2 ab, Primasstr. Kiehlstr. von 15 und 12 ab, Schnefelder Str. 1, Schnefelder Str. Turmstr. Kiehlstr. Wilmmerstr. von 19 und 8 ab. — Wahlberechtigt 2498 Wähler. Wahllokal: Schillerplatz, Friedenstr. 12.
- 241. Wahlbezirk. S. Gohlis. Blumenstr. von 31 und 40 ab, Friedensstr. Kiehlstr. 1 bis 10, 11 und 33 bis 104. — Wahlberechtigt 2446 Wähler. Wahllokal: 36. Volksschule, Gohlis, Eisebstr. 2/4.
- 242. Wahlbezirk. S. Gohlis. Bergstr. Kiehlstr. Wende-Str. Wilmmerstr. Salsstr. — Wahlberechtigt 2478 Wähler. Wahllokal: 37. Volksschule, Gohlis, Neuhäuser Str. 10.
- 243. Wahlbezirk. S. Gohlis. Eisebstr. Eisebstr. — Wahlberechtigt 2376 Wähler. Wahllokal: 37. Volksschule, Gohlis, Neuhäuser Str. 10.
- 244. Wahlbezirk. S. Gohlis. Eisebstr. Knauerstr. Linden-Str. 1a bis 59, 2a bis 54, Kiehlstr. Kraweg, Kiehlstr. Wilmmerstr. — Wahlberechtigt 2408 Wähler. Wahllokal: 37. Volksschule, Gohlis, Neuhäuser Str. 10.
- 245. Wahlbezirk. S. Gohlis. Eisebstr. Eisebstr. — Wahlberechtigt 2412 Wähler. Wahllokal: 38. Volksschule, Gohlis, Breitenfelder Str. 10/21.
- 246. Wahlbezirk. S. Gohlis. Herstr. Kiehlstr. Johann-Georg-Str. 2 bis 32, Schnefelder Str. — Wahlberechtigt 2288 Wähler. Wahllokal: 38. Volksschule, Gohlis, Breitenfelder Str. 10/21.
- 247. Wahlbezirk. S. Gohlis. Eisebstr. Eisebstr. — Wahlberechtigt 2498 Wähler. Wahllokal: Fach- und Fortbildungsschule für Mädchen des Nordbezirks, Gohlis, Eisebstr. 1.

- 250. Wahlbezirk. S. Gohlis. Eisebstr. Eisebstr. — Wahlberechtigt 2480 Wähler. Wahllokal: 38. Volksschule, Gohlis, Breitenfelder Str. 10/21.
- 251. Wahlbezirk. S. Gohlis. Eisebstr. Eisebstr. — Wahlberechtigt 2373 Wähler. Wahllokal: 38. Volksschule, Gohlis, Breitenfelder Str. 10/21.
- 252. Wahlbezirk. S. Gohlis. Breitenfelder Str. 1 bis 33, 2 bis 40, Georgstr. Kiehlstr. — Wahlberechtigt 2550 Wähler. Wahllokal: Fach- und Fortbildungsschule für Mädchen des Nordbezirks, Gohlis, Eisebstr. 1.
- 253. Wahlbezirk. S. Gohlis. Benediktstr. Meißnerstr. Dint-Str. Gohlischer Str. Kiehlstr. Kiehlstr. von 19 und 34 an, Kiehlstr. (ungerade Nummern), Kraweg 13 und 15, Pariser Str. Krawegstr. Kiehlstr. von 9 und 12 an, Wilmmerstr. — Wahlberechtigt 2381 Wähler. Wahllokal: 35. Volksschule, Gohlis, Pariser Str. 4/6.
- 254. Wahlbezirk. S. Gohlis. Blumenstr. Gohlischer Str. Kiehlstr. von 39 und 26 ab. — Wahlberechtigt 2446 Wähler. Wahllokal: 35. Volksschule, Gohlis, Pariser Str. 4/6.
- 255. Wahlbezirk. S. Gohlis. St. Privatstr. Kiehlstr. — Wahlberechtigt 2114 Wähler. Wahllokal: 35. Volksschule, Gohlis, Pariser Str. 4/6.
- 256. Wahlbezirk. S. Gohlis. Eisebstr. Eisebstr. — Wahlberechtigt 2349 Wähler. Wahllokal: Fach- und Fortbildungsschule für Mädchen des Nordbezirks, Gohlis, Eisebstr. 1.
- 257. Wahlbezirk. S. Gohlis. Claudiusstr. Clausenstr. Kiehlstr. Kiehlstr. von 25 und 36 ab, Krawegstr. Kiehlstr. Kiehlstr. von 61 und 58 ab, Matthiesstr. Wende-Str. — Wahlberechtigt 2452 Wähler. Wahllokal: 30. Volksschule, Gohlis, Eisebstr. 2/4.
- 258. Wahlbezirk. S. Gohlis. Baumstr. Krawegstr. — Wahlberechtigt 2273 Wähler. Wahllokal: 30. Volksschule, Gohlis, Eisebstr. 2/4.
- 259. Wahlbezirk. S. Gohlis. Breitenfelder Str. von 71 und 64 ab, Krawegstr. Krawegstr. — Wahlberechtigt 2451 Wähler. Wahllokal: 4. Katholische Schule, Gohlis, Treibschtr. 18.
- 260. Wahlbezirk. S. Gohlis. Kiehlstr. Kiehlstr. Garnisonstr. Kiehlstr. 2 bis 10, Jägerstr. Kiehlstr. Kiehlstr. Kiehlstr. Kiehlstr. — Wahlberechtigt 2113 Wähler. Wahllokal: 4. Katholische Schule, Gohlis, Treibschtr. 18.
- 261. Wahlbezirk. S. Gohlis. Kiehlstr. Kiehlstr. — Wahlberechtigt 1832 Wähler. Wahllokal: 23. Volksschule, Wilmmerstr. Dreieckstr. 4.
- 262. Wahlbezirk. S. Gohlis. Kiehlstr. Kiehlstr. — Wahlberechtigt 1824 Wähler. Wahllokal: 23. Volksschule, Wilmmerstr. Dreieckstr. 4.
- 263. Wahlbezirk. S. Gohlis. Kiehlstr. Kiehlstr. — Wahlberechtigt 1808 Wähler. Wahllokal: 23. Volksschule, Wilmmerstr. Dreieckstr. 4.
- 264. Wahlbezirk. S. Gohlis. Kiehlstr. Kiehlstr. — Wahlberechtigt 1841 Wähler. Wahllokal: 23. Volksschule, Wilmmerstr. Dreieckstr. 4.
- 265. Wahlbezirk. S. Gohlis. Kiehlstr. Kiehlstr. — Wahlberechtigt 2406 Wähler. Wahllokal: 39. Volksschule, Wilmmerstr. Knechtstr. 3.
- 266. Wahlbezirk. S. Gohlis. Kiehlstr. Kiehlstr. — Wahlberechtigt 2117 Wähler. Wahllokal: 39. Volksschule, Wilmmerstr. Knechtstr. 3.
- 267. Wahlbezirk. S. Gohlis. Kiehlstr. Kiehlstr. — Wahlberechtigt 2490 Wähler. Wahllokal: 39. Volksschule, Wilmmerstr. Knechtstr. 3.
- 268. Wahlbezirk. S. Gohlis. Kiehlstr. Kiehlstr. — Wahlberechtigt 2406 Wähler. Wahllokal: 39. Volksschule, Wilmmerstr. Knechtstr. 3.
- 269. Wahlbezirk. S. Gohlis. Kiehlstr. Kiehlstr. — Wahlberechtigt 2384 Wähler. Wahllokal: 39. Volksschule, Wilmmerstr. Knechtstr. 3.
- 270. Wahlbezirk. S. Gohlis. Kiehlstr. Kiehlstr. — Wahlberechtigt 2485 Wähler. Wahllokal: 39. Volksschule, Wilmmerstr. Knechtstr. 3.
- 271. Wahlbezirk. S. Gohlis. Kiehlstr. Kiehlstr. — Wahlberechtigt 2490 Wähler. Wahllokal: 39. Volksschule, Wilmmerstr. Knechtstr. 3.
- 272. Wahlbezirk. S. Gohlis. Kiehlstr. Kiehlstr. — Wahlberechtigt 1249 Wähler (einschließlich 630 Militärpersonen, Garnison Lazarett). Wahllokal: 39. Volksschule, Wilmmerstr. Knechtstr. 3.
- 273. Wahlbezirk. S. Gohlis. Kiehlstr. Kiehlstr. — Wahlberechtigt 1993 Wähler (einschließlich 1567 Militärpersonen, 107 und Ulanenalterne). Wahllokal: 39. Volksschule, Wilmmerstr. Knechtstr. 3.

100 Der Jahrmarkt des Lebens.

Ein Roman ohne Gelben von William Makepeace Thackeray.

Zweilunddreißigstes Kapitel.

Wozin Joseph die Flucht ergreift und der Krieg zu Ende geht.

Die friedlichen Bewohner Londons haben nie eine solche Scene der Verwirrung und des Schreckens erlebt, wie die, welche brüßten davon, und werden es, will's Gott, auch nie. Ganze Dausen drängten sich nach dem Namurer Thor, aus welcher Richtung der Schall kam, und viele ritten weit auf die Chaussee hinaus, um den Nachrichten von der Armee näher zu sein. Ein jeder befragte seinen Nachbar um Neuigkeiten, und selbst große englische Lords und Ladies ließen sich herab, mit Personen zu sprechen, die sie nicht kannten. Die Freunde der Franzosen liefen in freudiger Aufregung umher, und prophezeiten den Triumph ihres Kaisers. Die Royalisten schloßen ihre Häden und traten auf die Straßen, um den allgemeinen Chör zu verklären. Frauen stürzten nach den Kirchen und drängten sich in die Kapellen, und knieten und beteten auf dem Fußboden und den Stufen. Das dumpfe Donnern der Kanonen hörte nicht auf; bald begannen Wagen mit Reisenden die Stadt zu verlassen und durch das Genter Thor Hinwegzuziehenden. Die Franzosen wurden als Latschen aufgenommen. Er hat die Armeen voneinander abgetrennt, ließ es. „Er marschirt breitet auf Brüssel los. Er wird die Engländer übermächtigen und heute Abend hier sein.“ „Er wird die Engländer übermächtigen,“ sagte Major seinem Herrn zu, „und heute Abend hier sein.“ Der Kammerdiener fragte aus dem Hause auf die Straße und von der Straße in das Haus zurück und brachte jedesmal neue Vorstellungen des Unheils mit. Josephs Gesicht wurde immer bleicher, der Schrecken hing an, vollen Besitz von dem dicken Revolver zu nehmen. „Mach Champagner, den er trank, war nicht langhin, ihm Mut zu verleihen. Ob die Sonne unterging, hatte er sich schon in eine solche Reue hineingeworfen, daß sein Freund Major davon ergriffen war, und sehr sicher auf die Bestätigung seines Herrn mit dem Gewehr, „wenn.“

Die Frauen waren die ganze Zeit über allein geblieben. Nachdem die mutige Majorin einen Augenblick auf das Feuer gelangt hatte, dachte sie an ihre Freundin im nächsten Zimmer und eilte in dieses, um Anzeichen zu spüren und womöglich zu trösten. Der Gedanke, daß sie das blühende, sanfte Gesicht zu beschauen hatte, erhöhte nach den natürlichen Mut der englischen Frau. Sie blieb fünf Stunden lang an der Seite ihrer Freundin, ihr zuweilen unter munterem Gespräch, den größten Teil der Zeit aber schwelgend und in stummen Gebeten. „Ich ließ ihre Hand nicht eher los,“ sagte die gute Frau später, „als bis die Sonne hinter uns und das Feuer vorüber war.“ Pauline, die Bonne, lag in einer nahen Kirche auf den Knien und betete für ion homme à elle.

Als die Kanonen zu Ende war, verab sich Frau O'Dowd aus Annetts Zimmer in das benachbarte Wohnzimmer, wo sie Joseph mit gänzlich grünemem Mut und bei zwei leeren Flaschen fand. Er hatte in seiner Bekleidung ein paar mal verwechselt, in Annetts Zimmer zu bringen, um etwas zu sagen, die Majorin war jedoch nicht von der Stelle gekommen, so daß er wieder hinausgehen mußte, ohne sein Herz erleichtern zu können. Er schämte sich in ihrer Gegenwart zu sagen, daß er fliehen wollte.

Als sie aber in dem Spitzkammer erschien, wo er im Zwielichte in der trübseligen Gesellschaft seiner leeren Champagnerflaschen sah, begann er, ihr seine Gedanken mitzutheilen.

„Frau O'Dowd,“ sagte er, „wäre es nicht am besten sein, wenn Sie Annetts Haus fertig machen ließen?“

„Wollen Sie sie spazieren führen?“ erwiderte die Majorin. „Sie wird aber zu schwach dazu sein.“

„Ich — ich habe den Wagen bestellt,“ sagte er, „und Extra-postkarte; Major host sie,“ sprach Joseph weiter.

„Darum wollen Sie heute Abend fahren?“ antwortete die Dame. „Gefindet Sie nicht auf Ihrem Bette wohlter? Ich habe Sie eben erst zum Niederlegen gebracht.“

„Machen Sie, daß Sie aufstehen,“ sagte Joseph, „Sie muß aufstehen,“ sagte er, „und er krampte energisch mit dem Fuße.“ Die Pferde sind schon bestellt, ja, die Pferde sind bestellt — es ist alles aus, und —

„Und was?“ fragte Frau O'Dowd

„Ich sehe nach dem,“ antwortete Joseph, „alle machen, daß sie fortkommen. Ich habe noch einen Platz für Sie; wir fahren in einer halben Stunde.“

Die Majorin sah ihn mit unendlicher Verachtung an. „Ich will nicht mehr, als bis ich O'Dowd die Rechte abt,“ sagte sie. „Sie mügen gehen, wenn Sie wollen, Herr Sedley, aber Annetts und ich bleiben hier.“

„Sie soll gehen,“ sagte Joseph, von neuem mit dem Fuße stampfend. Frau O'Dowd konnte die Arme in die Seite und stellte sich vor die Schlafkammer. „Wollen Sie sie zu ihrer Mutter bringen?“ sagte sie, „oder wollen Sie sich selbst zu Maria begeben, Herr Sedley? Guten Morgen, angenehme Reise, mein Herr; von vornherein, wie die Franzosen sagen, folgen Sie meinem Rate und verlassen Sie Ihren Schnurbart ab, Sie könnten dadurch zu Schaden kommen.“

„Dalle und Teufel!“ brüllte Joseph, vor Furcht, Mut und Keger halb wahnsinnig, und in diesem Augenblicke kam Major herbei und erhob ebenfalls seine Stimme in dem Fluchwort. „Was da heranz, laere Heu!“ sagte der ergrimmete Diener, „alle Pferde waren schon in Ansturm genommen.“ Joseph war nicht der Einzige in Brüssel, den an jenem Tage ein panischer Schrecken ergriffen hatte.

So stark und verzweifelt Josephs Furcht aber auch war, sollte sie doch, ehe die Nacht vorüberging, noch mehr wachsen. Wir haben erwähnt, daß Pauline, die Bonne, bei dem Deere, das zum Kaiser Napoleon entgegengehogen war, ebenfalls ihren homo à elle hatte. Dieser Geliebte war in Brüssel geboren und ein belgischer Diktator. Die Truppen seiner Nation bewies in diesem Kriege alles andere als Mut, und Paulines Bewunderer, der junge von Lutrum, war ein zu guter Soldat, um der Order seines Obersten zum Davonschaffen den Gehorsam zu verweigern. Solange der junge Pauline (er war in der Revolutionszeit geboren) in Brüssel in Varni, an lag, hatte er fast alle seine freien Augenblicke in Paulines Knie zugebracht, wo er immer reichlich mit Delikatessen und Nahrungsmitteln versehen worden war; und als er vor wenigen Tagen in das Feld rückte, hatte ihm seine Geliebte Taschen und Koffer mit allerlei guten Sachen aus ihrer Zwickkammer vollgepackt.

(Fortsetzung folgt.)

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 29. Mai.

Parteiangelegenheiten.

Alt-Leipzig: Bezirk Westen I. Alle Gewerkschafts- und Partei-Funktionäre werden gebeten, Montag, den 31. Mai, Dienstag, den 1. Juni und Mittwoch, den 2. Juni, sich von 5 Uhr abends an im Restaurant Donath, Promenadenstraße 31, einzufinden.

Städtisch: Alle Arbeitsfreudigen zur Wahlarbeit heute abend 7 Uhr bei Deone.

Wahl: Elternratswahl. Zu der am 13. Juni in der Zeit von 10 bis 4 Uhr in der Schule stattfindenden Elternratswahl liegen diese Woche, und auch am Sonntag, dem 6. Juni, noch von 10 bis 12 Uhr, die Wählerlisten zur Einsicht aus.

Modan: Funktionäre und Genossen, die sich an der Wahlarbeit beteiligen, treffen sich Dienstag, den 1. Juni, abends 1/8 Uhr, bei Stange im Lindenhof. Zahlreiche Beteiligung erwartet.

Reinshöher: Dienstag, abends 8 Uhr, Funktionäre und Wahlhelfer in der Terrasse.

Gewerkschaftsfeiern.

In diesem Jahre findet das Gewerkschaftsfeiern am 1. August auf dem Sportplatz statt. Die befreundeten Organisationen müssen diesen Tag von anderen Veranstaltungen freihalten.

Gewerkschaftsstatistik.

Ist das Gerechtheit?

Staatsanwalt und Polizeiamt suchen diejenigen zu ermitteln, die am Sonntag, 14. März, in der Erregung über das Schließen der Zeitfreiwilligen auf die unbewaffnete und friedliche Menschenmenge sich an einigen Söldlingen der Bourgeoisie vergreifen haben. Von einem Verfahren gegen die Suben, die wehrlose Arbeiter in der Gefangenschaft gemartert haben, hört man nichts. Noch nicht einer dieser Felder ist zur Verantwortung gezogen worden. Ebenso wenig ist noch immer nichts unternommen worden gegen diejenigen, die am Sonntag, 14. März, den Befehl zum Schießen auf die Demonstranten gegeben haben, und die somit das furchtbare Blutbad, den gewissenlosen Arbeitermord verschuldet haben. Ist das Gerechtheit?

Arbeiter, die ihr Leben für die Republik eingesetzt haben, die in der Empörung über das Verhalten der Zeitfreiwilligen manche dieser Burschen etwas unsanft angefaßt haben, werden verfolgt und ins Gefängnis geworfen.

Die reaktionären Putzmeister, die weniger wehrloser Gefangener, die Urheber der Blutbäder, sind frei, meist noch in Amt und Würden, und beziehen auf Kosten der hungernden Bevölkerung hohe Einkommen. Und das alles unter der rechtssozialistischen-demokratischen Regierung, die entweder nichts an diesen Zuständen auszuweichen hat oder die zu feig ist, um rücksichtslos die Verbrecher am arbeitenden Volke zur Verantwortung zu ziehen. Männer und Frauen! Am Sonntag antwortet auf diese empörende Ungerechtheit. Wählt nur die Liste der USA!

Was Herr Pfarrer Jeremias behauptet.

Wie wir schon berichteten, trat Herr Jeremias, Stadtverordneter und Pfarrer in Leipzig, auf dem Sächsischen Gemeindefest in Dresden am 27. Mai als Vorkämpfer des Zweikammersystems in der Gemeindefassung auf. Das Einkammersystem, bei dem allein die gewählten Stadtverordneten über die Stadtverwaltung zu entscheiden haben, kann Herr Jeremias nicht leiden, weil, wie er behauptet, bei diesem System die Stadtverwaltung nur nach parteipolitischen Interessen geführt würde, alles würde dem Fraktionszwang unterworfen. Herr Jeremias berief sich dabei auf seine Erfahrungen im Leipziger Stadtverordnetenkollegium, wo ihm von Sozialdemokraten gesagt worden sei, daß sie sich dem Fraktionszwang fügen müßten. (Das ist nicht wahr!) In Leipzig seien auch die Beschlüsse der Ausschüsse nicht nach den Interessen der Allgemeinheit, sondern durch die Vorherrschaft der Sozialdemokraten nach parteipolitischen Interessen gefaßt worden. Als Beweis dafür behauptete der Herr Pfarrer, die Sozialdemokratie hätte im Leipziger Kollegium stets ihre Religionsfeindschaft gezeigt, obwohl sie nach ihrem Programm Religion zur Privatsache erkläre. Zum Schluß behauptete Herr Jeremias: Wenn in Leipzig das Einkammersystem bestünde, dann wäre die Stadt schon längst bankrott, und nicht nur finanziell.

Was ist an den Behauptungen des Pfarrers? Durch Mehrheitsbeschlüsse des Leipziger Stadtverordnetenkollegiums sind mehrfach Anwendungen, die nach dem Willen des Rates der Kirche oder Geistlichen gemacht werden sollten, abgelehnt worden. Das entspricht dem Grundsatze, daß Religion Privatsache sein soll, für die natürlich dann auch keine öffentlichen Mittel aufgewendet werden dürfen. Wer religiöse Bedürfnisse hat, soll sie auch selbst befriedigen. Der Herr Pfarrer sieht aber in dieser selbstverständlichen Haltung eine religionsfeindliche Stellung. Wenn er bei der Frage weniger persönlich interessiert wäre, dann könnte er auch objektiver urteilen.

Wichtiger aber als dieses schmerzliche Bekenntnis über die abgelehnten Anwendungen an die Kirche ist die Behauptung, daß Leipzig beim Einkammersystem schon längst bankrott wäre, denn auch diese Behauptung richtet sich durch die Art ihrer Begründung gegen die Sozialdemokratie im Stadtverordnetenkollegium. Der Pfarrer sagt mit seiner Behauptung, wenn der Leipziger Rat die Beschlüsse der Stadtverordneten nicht forciert hätte, dann wäre die Stadt bankrott. Die Stadtverordnetenmehrheit des Leipziger Kollegiums treibt also nach Ansicht des Pfarrers Bankrottspolitik. Steht man sich auf diese Behauptung die Fülle näher an, in denen der Rat den Beschlüssen der Stadtverordneten nicht beigetreten ist, dann zeigt sich sofort, wie haltlos der Pfarrer drauflos behauptet hat. Ganz willkürlich seien einige Beispiele angeführt:

Die Stadtverordneten beschloßen die dreijährige Fortbildungspflicht für Mädchen, der Rat trat diesem Beschlusse nicht bei. Wäre durch die dreijährige Fortbildungspflicht für Mädchen die Stadt bankrott geworden?

Die Stadtverordneten beschloßen zur Deckung der Kosten der Beschaffungsbeihilfen für die Einwohner zum dritten Steuertermin heranzuziehen, deren Einkommen 6000 M. übersteigt. Der

Rat ist diesem Beschlusse nicht beigetreten. Wäre die Stadt durch diese Erleichterung für die schwachen Steuerkräfte bankrott geworden?

Die Stadtverordneten beschloßen, nach dem Beispiel vieler Privatunternehmer, für die Ausschlagsangestellten die Versicherungsbeiträge voll aus der Stadtkasse zu bezahlen. Der Rat verhinderte die Durchführung dieses Beschlusses. Wäre durch diesen Beschlusse die Stadt bankrott geworden?

Im Handelsgelehrbuch ist vorgeschrieben, daß den Angestellten bei Krankheit der Gehalt 6 Wochen gezahlt werden muß. Die Stadtverordneten beschloßen, diese soziale Wohltat ebenfalls den Ausschlagsangestellten zugute kommen zu lassen. Der Rat trat auch diesem Beschlusse nicht bei. Hat er damit den Bankrott der Stadt verhindert?

Die Beispiele zeigen, wie lächerlich die Behauptung des Pfarrers ist. Er kann keinen Beweis für seine Behauptung erbringen, es kam ihm ja auch mehr darauf an, Stimmung gegen das Einkammersystem zu machen und dazu waren ihm die bewiesenen Behauptungen gerade gut genug. Wenn die Stadtverordneten nicht durch das reaktionäre Ratkollegium behindert worden wären, dann wäre sicherlich schon manches anders und besser in Leipzig geworden. Wäre es aber nach dem Pfarrer Jeremias und seinen Freunden gegangen, dann wäre noch nicht einmal das bisherige soziale Fortschritt erreicht, der von den Sozialdemokraten im Stadtverordnetenkollegium durchgeführt worden ist.

Heraus aus der Kirche.

Da immer weitere Kreise den reaktionären Charakter der Kirche erkannt haben und nicht mehr gewillt sind, durch ihre Zugehörigkeit die Macht der Kirche zu stützen, wollen wir die Schritte, die zu unternahmen sind, nochmals darlegen.

Jeder, der das 14. Lebensjahr vollendet und im Freistaate Sachsen seinen Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt hat, kann vor dem Standesbeamten seines Wohn- oder Aufenthaltsortes zu Protokoll erklären, daß er aus der Kirche austritt. Dem Austrittenden ist (ohne besonderen Antrag) eine Austrittsbescheinigung zu erteilen. Das Verfahren ist kostenlos und gebührenfrei, auch die Laufereien und Erklärungen vor dem Geistlichen fallen fort.

Der Austritt des Vaters erstreckt sich auf Wunsch auch auf seine Kinder unter 14 Jahren. Die Mutter kann eine solche Bestimmung nicht treffen, solange der Vater für die Person des Kindes zu sorgen hat. Die Erklärung kann bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres der Kinder nachgeholt werden. Für jedes Kind ist eine besondere Austrittsbescheinigung kostenlos auszustellen. Ein Nachteil entsteht dem Austrittenden durch seinen Austritt nicht.

Ein Gehalt, die Standesämter Sonntags zur Entgegennahme von Kirchenaustrittserklärungen offenzuhalten, hat der Rat der

Willst Du

nach dieser in Not und Anechtschaft geraten, so wähle deutschnational.

Willst Du

die kapitalistische Ausbeutung mit all ihren Folgen für die Arbeiterklasse aufrechterhalten, so wähle deutsch-demokratisch.

Willst Du

eine Politik der Schwächlichkeit, der Feigheit, des Kompromisses mit den Kapitalisten, den Feinden des Sozialismus, so wähle die Rechtssozialisten.

Willst Du aber

herauskommen aus Not und Elend, aus der kapitalistischen Lohnsklaverei, so mußt Du Dich eingliedern in die Einheitsfront des revolutionären Proletariats und am 6. Juni

die Liste der U. S. P. D. wählen.

Stadt abgelehnt. Die Genossen müssen also das einmalige geringe Opfer bringen und wochentags in der Zeit von 8 bis 12 Uhr dem Standesamte ihres Bezirks mitfamt ihren Angehörigen über 14 Jahren den Austritt aus der Landeskirche erklären. Ausweisepapiere sind mitzunehmen.

In einigen Orten in Leipzigs Umgebung ist beobachtet worden, daß die Pfaffen die Namen der aus der Kirche ausgetretenen und damit dem päpstlichen Einfluß entrückten Einwohner von der Kanzel herab bekanntgeben und durch Anschlag an Kircheneingang veröffentlichen. Mit diesen gemeinen Mitteln des Terrors wollen die Pfaffen ihre Schäfchen zusammenhalten. Gegenüber diesem Treiben muß die Parole lauten: Nun erst recht heraus aus der Kirche!

Eine deutschnationale Schaustellung.

Die Deutschnationale Volkspartei veranstaltete am Sonntagabendmittag eine große Schaustellung. Der Weg zur Albertshalle gleich den Straßen der inneren Stadt zur Zeit der Leipziger Muttermesse: Schüler der höheren Schulen überschwebten die Vorübergehenden mit einer Fülle von Flugblättern und anderen Reklamezetteln. Dem sensationslüsternen Publikum wurde gegen ein Eintrittsgeld von 2 M. in der großen Zirkushalle ein Parade- pferd vorgeführt; der stellvertretende Leiter der deutschen Politik während des Krieges, Dr. Helfferich. Wer geglaubt hätte, von dem Vertreter des so vielgerühmten alten Systems ausführende Darlegungen zu erhalten über die Grundlagen seiner Politik, der wäre arg enttäuscht worden. Helfferich entsprach vollumfänglich den Erwartungen seiner zahlungsfähigen Zuhörer: in glatter, redigierender Form warf er ihnen einige oberflächliche Brocken hin, die freudig aufgefangen und mit Beifall und Filztrampeln quittiert wurden.

Der starkbelastete Mittelschicht am Kriege übte eine scharfe Kritik an den Koalitionsparteien. Das deutsche Volk habe es den Herrn Kapp zu danken, wenn es nicht bis zum nächsten Frühjahr warten muß, sondern schon im Juni zur Wahl schreiten könne. Selbstverständlich wurde sofort darauf der Versuch gemacht, den Kapp-Putsch von der Deutschnationalen Partei abzuschütteln. Die Demokraten hätten sich durch ihre Zustimmung zum Generallstreik aus der Liste der bürgerlichen Parteien gestrichen. Der Generallstreik scheint den Herren Staatsrechtlern überhaupt schwer im Magen zu liegen. Haben doch die Arbeiter sich unterfangen, im Anschluß an den Streik Forderungen an die Regierung zu stellen! Der Streik sei eine ruchlose Spekulation auf die humane Aufstellung des Militärs, das doch im gegebenen Falle die Macht über Lebens- und Existenzmittel besitze. — Die Schuld an der Fortführung des Krieges wärd der Verteidiger der Heeresleitung nicht ab. Im Juli 1917 hätten wir bei sehr vorichtigem Verfahren zu einem gerechten Frieden kommen können, aber die Mehrheitsparteien des Reichstags hätten einen Strich durch seine Rechnung gemacht. Bei dem endlichen Friedensschlusse hätten die Unterhändler Haltung bewahren und den Vertrag, das Nachwort des Treubruchs und Betrugs, den Gegnern vor die Füße werfen müssen. Herr Erzberger war natürlich nun für längere Zeit die Zielscheibe aller Angriffe. Für die Finanzpolitik des Krieges lehnt der ehemalige Schatzsekretär ab, verantwortlich gemacht zu werden. Die Mehrheitssozialisten mußten einen Strich machen unter das Erfurter Programm.

Dann folgten die bekannten Forderungen der Deutschnationalen: Ordnung und gute Sitte, starke Staatsgewalt mit Kaiser- tum (Führtrampeln), berufständiges Parlament, Erhaltung der Religion, Wiederaufrichtung der Fahne schwarz-weiß-rot (Toben). Von einer Ausnahme wurde abgesehen, da die Albertshalle geräumt werden mußte.

Wählervereinsammlung unter dem „Schutze“ von Handgranaten.

Die Deutsche Volkspartei hielt am Sonntagvormittag im Saale des Zoo eine Wählervereinsammlung ab. Der Vortrag des Redners (Heinze) stand unter dem Schutze der bewaffneten Macht. Im Eingang des Saales hatten sich vorerst einige Kapitalisten- Söldlinge mit Handgranaten am Koppel postiert. Im Verlauf der Ausführungen machte sich eine kleine Minderheit durch harmlose Zwischenrufe bemerkbar. Sofort setzte sich die bewaffnete Macht in Bewegung und plazierte sich vor und neben die einzelnen Zwischenrufer. Es sah aus, als ob man es mit Provokateuren von rechts zu tun hätte. Versammlungsbesucher nahmen für und wider diese Handgranaten-Helden Stellung. Als zur Feststellung wegen Tragens von Waffen im geschlossenen Raum geschritten wurde, waren diese Jünglinge verschwunden. Ob es gebeten oder ungebete Gäste der Deutschen Volkspartei waren, ließ sich nicht feststellen. Sicher aber gehörten alle fremden Truppen- teile an. Sie trugen an Mütze und Brust das bekannte Hakenkreuz. In Götts drohte einer der Redner von der Waffe Gebrauch zu machen, um sich der polizeilichen Feststellung zu entziehen. Durch Benutzung der Straßenbahn, kurz vor den Kasernen, entkam er.

Deutschnationale Arbeiterfreundlichkeit.

In der Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei im Kruppapark, die eine sehr erfrischende Beere aufwies, sprach unter anderen Bädermeister Bienenert aus Chemnitz. Das Inter- essante von seiner einseitigen Rede war der Auspruch, daß wir unbedingt zu einer Verlängerung der Arbeitszeit kommen müssen. Aus der Versammlung wurde ihm zugerufen: „Möglichst 24 Stunden!“, „Nein, nicht 24, aber 10 bis 12 Stunden,“ war die Aufforderung, die dem Zwischenrufer zu teil wurde. So sehen die Freunde der Arbeiter, die „Retter des Handwerks“ aus. Wertt es euch, Arbeiter, zahl's ihnen heim am nächsten Sonntag.

Ratsbeschlüsse.

Das Rittergut Cunnersdorf in städtischer Bewirtschaftung. Das Rittergut Cunnersdorf soll nach Ablauf des Pachtvertrages in Eigenbewirtschaftung der Stadtgemeinde genommen werden. Die hierzu erforderlichen Mittel wurden bewilligt. Die Stadtverordneten sind um Beitritt zu eruchen.

Strassenbeleuchtung. Da die Verwendung von Halbwattglüh- lampen an Stelle von Bogenlampen wirtschaftlicher ist, beschloß man, 172 Bogenlampen der öffentlichen Strassenbeleuchtung in hochleistungsfähige Halbwattglühlampen umzuwandeln und bewilligte zu diesem Zwecke vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten 195 000 M. zu Lasten des Betriebsvermögens, dem der Betrag in drei Jahren aus Konto 10 aa., erstmalig 1920—1921, wieder zuzuführen ist.

Mietbeihilfen für Angehörige von Kriegsteilnehmern. Bewilligt wurden 50 000 M. aus Kriegsanleihe zu Mietbeihilfen an Angehörige von Kriegsteilnehmern. Zustimmung der Stadtverordneten ist einzuholen.

Eine Sitzung der Stadtverordneten findet am Mittwoch, dem 2. Juni, abends 6 Uhr, statt. Das Kollegium wird u. a. beraten über ein Rats Schreiben wegen Unterstützung der bei den März- unruhen Verletzten usw., über eine Eingabe wegen Gewährung von Rente usw. an die bei den Märzunruhen verwundeten Straßenpassanten, über eine Eingabe wegen Vergütung des Lohn- ausfalls während des Generallstreiks an Arbeiter bei den Wohn- haus-Siedlungsbauten in Leipzig-Modan, über den Aufwand für die Reichstagswahl und die Bewilligung von Aufwandserschädli- gungen an die Mitglieder des Wahlvorstands bei den Wahlen zum Reichstag, zur Volkstammer und zu den Stadtverordneten, über den Erlaß eines Nachtrags, betr. die rückwirkende Kraft der Räumungstarife, zum Ortsgefäß über die Düngereinfuhr.

Die ersten neuen Kartoffeln sind aus Italien in Berlin auf den Markt gekommen. Preis für das Pfund 1,80 Mark.

Durch giftige Gruben gas getötet. Am Sonntagabendmittag sind zwei Arbeiter der U. S. P. D. E. N. durch giftige Gruben gas getötet worden. Die Arbeiter waren in der Körnerstraße Nr. 19, mit dem Entleeren einer Düngegrube beschäftigt, als plötzlich die Rente, die den sogenannten Sanger festhält, in die Grube fiel. Da die Grube leer war, stieg ein Arbeiter hinein, um die Rente zu holen. Bei diesem Versuch ist er von den in der Grube angesammelten giftigen Gasen betäubt worden. Sein Kollege wollte ihm zur Hilfe kommen, aber auch er wurde durch die Gase betäubt. Durch die herbeigerufene Feuerwehr, die mit Gasmasken in die Grube stieg, wurden die beiden Arbeiter herausgeholt. Es wurden sofort Wieder-

Mitglieder sämtlicher Krankenkassen!

Ärztliche Hilfe nur in den dringendsten Fällen in Anspruch nehmen!

Hebungsversuche mit dem Sauerstoffapparat angestellt, die jedoch erfolglos waren. Die bedauerlichen Opfer der Arbeit sind die Arbeiter Erich Linte aus der Albrechtstraße 18 und Richard Förster aus der Altonaer Straße 48.

Falsche Zuckerkarten der Reihe 17. Die jetzt zur Ausgabe gelangenden Zuckerkarten und Bezugskarten, gültig vom 30. Mai 1920 bis 4. August 1920, sind in ähnlicher Weise wie bisher ausgestattet. Die Bezugskarten für gewerbliche Betriebe sind diesmal aus anderem Papier (orange) und mit anderem Druck (rotgrün) hergestellt, wie die übrigen Karten, weil kürzlich ein großer Teil der fertigestellten Bezugskarten gestohlen worden ist, und der noch vorhandene Bestand deshalb vernichtet werden mußte. Bezugskarten, die aus anderem Papier und mit anderem Druck, als angegeben, hergestellt sind, werden daher wahrscheinlich aus dem Diebstahl herrühren. Händler, insbesondere Kleinhändler sind verpflichtet, die vorgelegten Zuckerkarten auf ihre Echtheit zu prüfen und bei Verdacht von Fälschungen Anzeige zu erstatten.

Der Frauendank 1914 hat seine Geschäftsräume und seine Ausstellung des Saures nach Götschenstraße 2 (Hof rechts) verlegt. Näheres siehe Anzeige in dieser Nummer.

P. Es wird immer schlimmer! Ein effizientes Mädchen, das in Abwesenheit der Mutter ihr zwei Jahre altes Schwesterkind in einem Kinderwagen nach der Kinderbewahranstalt in der Rindstraße bringen sollte, ist am 19. d. M. früh 7 Uhr in der Rindstraße von einem größeren Mädchen mit den Worten: „Na, Kleine, wie kommst du denn zu unserem Wagen?“ angehalten worden, worauf diese das Kind aus dem Wagen herausnahm, auf den Fußweg setzte und mit dem Wagen eilfertig davonfuhr. Der Wagen, ein Silber- und Piegewagen, dessen unterer Teil schwarz lackiert und dessen oberer Teil grau gelb schraffiert war und aus Kobaltblech bestand, ist mit Wachstuch ausgekleidet; am Rücksitz befindet sich ein Loch im Wachstuch.

P. Beim Baden in der Elster ertrunken! Am 27. d. M., nachmittags gegen 6 Uhr, ist im Elsterfluß, in der Nähe des Boothauses in Leipzig-Altenhain, die Leiche eines am 25. d. M. beim Baden ertrunkenen Schulknaben gefunden. Die polizeiliche Aufhebung erfolgte alsbald.

Knochen- und Kleinfleischverkauf. Hädrich (Magwitz), von 8-9 Uhr: Nr. 876-875, zum Höchstpreis.

Lebensmittellisten für Dienstag, den 1. Juni.

Für Haushaltungen.

Anmeldung. Hafterlos: Letzter Tag — abzugeben 8 E und K der Lebensmittelkarte Reihe O (250 Gramm); Zusatzlebensmittelliste 10 für Kriegsgefangene (250 Gramm); Fleischmarkenstreifen S 1-5 (100 Gramm).

Ausgabe. Nahrungsmittel usw. für Kinder bis zu 2 Jahren — best. mit H 2, M 2, N 2, Z 2 der Lebensmittelkarten S 1, S 2, S 3.

Nahrungsmittel für Schwangere usw. — best. mit S N der Sonder-Lebensmittelliste für Schwangere.

Für Händler.

Inlandsmargarine: Bezugskartenablieferung durch die Großhändler.

Sächsische Angelegenheiten.

Die bürgerliche Einheitsfront für die Landtagswahlen.

Die bürgerlichen Parteien, die sich jetzt öffentlich tagtäglich Schimpf und Schande vorwerfen, um die Wähler über ihren wahren Charakter zu täuschen, haben sich bereits für ein gemeinsames Vorgehen gegen die sozialdemokratische Arbeiterpartei vereinbart. Das Bündnis ist der Danabund, der die Rolle des ehemaligen Reichs-Schwindelexperten übernommen hat und seine Dienste allen bürgerlichen Parteien anbietet. Die Geschäftsleitung des Landesverbandes Sachsen des Danabundes hat mit Vertretern aller bürgerlichen Parteien in Leipzig eine Besprechung gehabt. Nach dem Bericht in der bürgerlichen Presse ergab sich dort die Möglichkeit, für die Parteien, in den sogenannten Richtlinien des Landesverbandes des Danabundes eine Grundlage für eine gemeinschaftliche Arbeit bzw. Verständigung auf wirtschaftlicher Basis zu finden. Inzwischen ist an den Danabund von verschiedenen Seiten der Antrag gestellt worden, für die Landtagswahlen in Sachsen die Auslösung einer bürgerlichen Einheitsfront in die Wege zu leiten, zumal die hohe Politik in Berlin gemacht wird und für den Landtag hauptsächlich wirtschaftliche Fragen zu erledigen sein werden. Nachdem dieser Gedanke auch bei einer ganzen Reihe von Fachgruppen Anfang gefunden hat, ist die Geschäftsstelle des Danabundes in Leipzig nunmehr an die Parteien herangetreten mit der Bitte, zu der Anregung Stellung zu nehmen. Hierbei geht sie von dem Gedanken aus, daß in erster Linie Sachmänner aus der Praxis des Wirtschaftslebens in den Landtag kommen müssen, um eine erprobliche Arbeit für den wirtschaftlichen Wiederaufbau in Sachsen leisten zu können.

Damit ist nicht nur klare Bahn für die später stattfindenden Landtagswahlen geschaffen, sondern auch die widerliche Deuselei entblüht, mit der die bürgerlichen Parteien die Wahlmacht für den 8. Juni betreiben. An den Wählern wird es liegen, dieser verlogenen Gesellschaft unabweisend die gebührende Antwort zu geben durch einmütige Wahl der Liste der unabhängigen sozialdemokratischen Partei.

Eine Verabingungswille.

Dresden, 31. Mai. Vom Reichwehrrückzug wird gesprochen: Auf dem Truppenübungsplatz Zeithain wird gegenwärtig das 4. Bataillon des Reichswehrrückzugs Nr. 108 aufgestellt. Bei Teilen der Bevölkerung war eine gewisse Sorge insofern laut geworden, daß bei der Auflösung des Truppenteils Schwierigkeiten entstanden seien. Dies ist nicht der Fall. Ein Teil dieser Truppe ist tatsächlich bereits aufgelöst und bei dem Rest ist vorübergehend nur insofern eine Verabingung eingetreten, als die mit dem Reichsarbeitsministerium stehenden Verhandlungen über die Art der Ueberführung der Entlassenen in das Wirtschaftsleben nicht sosehr zum Abschluß gelangen konnten. Die völlige Auflösung der Truppe steht jedenfalls nahe bevor.

Kartoffeln ohne Marken.

Chemnitz, 31. Mai. Infolge sehr reichlicher Kartoffelernte in der Stadt Chemnitz in der Lage, in der Zeit vom 29. Mai bis 1. Juni Kartoffeln ohne Marken in beliebiger Menge an die Bevölkerung abzugeben.

Aufhebung des tschecho-slowakischen Grenzschutzes.

Der tschecho-slowakische Grenzschutz längs der böhmischen Grenze ist aufgehoben und die leidige Patz- und Ausweiskontrolle für den Verkehr nach Böhmen beseitigt worden. Während der Pfingsttage wanderten die sächsischen Grenzbesitzer in Scharen nach Böhmen.

Goldfund.

Blauen. In der Nähe der bairisch-böhmisch-sächsischen Grenze bei Neuhaus fand vergangene Woche ein Vermessungsbeamter eine Anzahl goldener Markstücke, die in Stücke zerlegt oder zerhackt und jedenfalls von Kirchenräubern im dichten Walde verborgen worden waren, um sie gelegentlich über die Grenze zu schaffen. Der Edelmetallfund wird auf 40 000 bis 50 000 RM geschätzt.

Kirchberg. Die Stadtverordneten wählten mit 8 gegen 5 Stimmen, die auf den Fabrikanten Unger fielen, Stadtrat Martin (Sos.) zum stellvertretenden Bürgermeister und genehmigten 20 000 RM zur Unterstützung bedürftiger Rentenempfänger, wovon die Hälfte in Lebensmitteln gewährt wird.

Oberlichtenau. Von seinem Zuge überfahren und sofort getötet wurde auf hiesiger Station der Zuführer Weverhöfer aus Chemnitz.

Aus den Nachbargebieten.

sk. Weihenfeld. Beim Baden ertranken in den letzten Tagen hier und in der Umgebung fünf Menschen. Am zweiten Pfingsttage ging der hiesige Schulknabe Otto Jakob vor den Augen seiner Eltern in der Saale unter, in Döhlen ertrank der sechsjährige Sohn Ulrich des Inspektors Paulsdorf, in Stößen der neunjährige Walter

Mittelbach: bei Eulau fand ein vorüberfahrendes Kesselboot die Leiche eines jungen Raumburgers im Getriebe der Saale und am 25. Mai ertrank der hiesige Schlosser W. Kallwitz, dessen Leiche noch nicht geborgen wurde.

Magdeburg. Die Pressefeste beim Oberpräsidenten Magdeburg teilte mit: In Mansfeld und Umgegend sind seitern durch große Vorkriegsbrände starke Beschädigungen an Häusern, Straßen und Brücken eingetreten. Da etwa 50 Gebäude teils dem Einsturz nahe, teils bereits eingestürzt sind, wurde zur Durchführung der Aufräumungsarbeiten eine Winterkommission nach Mansfeld kommandiert. Der preussische Minister des Innern ist zur Uebernahme der eingetretenen Not um eine größere Unterstützung sofort angegangen worden.

Halle. Durch die hohe Luftbarkeitssteuer gemunnen, werden sämtliche Kinos der Stadt Halle, im ganzen 14 Häuser, am Montag, den 31. Mai, zum letzten Male spielen und dann endgültig ihre Pforten schließen. Die Stadt Halle will die Gelegenheit benutzen, die Kinos zu einem unalliierten. Auf allen durch den Generalkonferenz der Angehörigen Kellergesellen für den 31. Mai in Halle zu richten die Stellen für die Uebernahme von Milch und leichtverderblichen Lebensmitteln für die Städte Halle a. S.

Koba, S. M. Unter dem Verdacht, das Dienstmädchen Krause in das städtische Bad gemorfen und seinen Tod verschuldet zu haben, ist der Schumadergasse Schau in Haft genommen worden.

Apolda. In Apolda, Bad Sulza und anderen Städten Thüringens wurden infolge der Geschäftshaltung in der Textilindustrie die Betriebe eingekürzt. Einige Fabrikanten arbeiten nur mehr 3 Stunden täglich, einige schließen wochenweise gänzlich.

Gewerkschaftsbewegung.

Die gewerkschaftliche Betriebsräte-Zentrale.

Wir veröffentlichten kürzlich den Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände vom 20. Mai, worin die auf Grund des Betriebsrätegesetzes gewählten Betriebsräte aufgefordert werden, ihren Zusammenschluß innerhalb der Gewerkschaften zu vollziehen. Der A. D. G. B. und die Afa publizieren jetzt nun die Richtlinien, nach denen die Zusammenfassung erfolgen soll.

Richtlinien

des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (A. D. G. B.) und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa) für die britische Zusammenfassung der Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräte.

I. Zweck des Zusammenschlusses.

Zur Verwirklichung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben werden die auf Grund des Betriebsrätegesetzes gewählten Betriebsräte in Gemeinschaft mit dem Ortsausschuß des A. D. G. B. und dem Ortsrat der Afa in einer

frei-gewerkschaftlichen Betriebsräte-Zentrale der Arbeiter und Angestellten

II. Gliederung:

a) Industriegruppen: Die Ortsausschüsse des A. D. G. B. und der Afa berufen die Betriebsräte zu gemeinsamer Arbeit. In diesem Zweck werden Gruppen gebildet. Maßgebend für die Gliederung in die Gruppen ist nicht der Beruf, sondern lediglich die Angehörigkeit zum betreffenden Betrieb. Jede Gruppe führt eine besondere Legitimationskarte.

Farbe der Legitimationskarte:

Zur Gruppe 1 gehört:	Bau-, Verarbeitungs- u. Handelsgewerbe abgegrenzt	rot
Zur Gruppe 2 gehört:	Baugewerbe und Steinindustrie	gelb
Zur Gruppe 3 gehört:	Bekleidungs- und Textilindustrie	blau
Zur Gruppe 4 gehört:	Chemische Industrie	rot mit grünem Strich
Zur Gruppe 5 gehört:	Freie Berufe	rot mit gelbem Strich
Zur Gruppe 6 gehört:	Graphische Gewerbe u. Papierindustrie	rot mit blauem Strich
Zur Gruppe 7 gehört:	Holzindustrie	gelb mit rotem Strich
Zur Gruppe 8 gehört:	Landwirtschaft	gelb mit grünem Strich
Zur Gruppe 9 gehört:	Lebens- und Genussmittelindustrie	gelb mit blauem Strich
Zur Gruppe 10 gehört:	Leberindustrie	grün mit rotem Strich
Zur Gruppe 11 gehört:	Metallindustrie	grün mit gelbem Strich
Zur Gruppe 12 gehört:	Staatl. u. kommun. Behörd. u. Institute	rot mit blauem Strich
Zur Gruppe 13 gehört:	Verkehr	blau mit rotem Strich
Zur Gruppe 14 gehört:	Bergbau, Hütten und Salinen	blau mit gelbem Strich
Zur Gruppe 15 gehört:	Sonderverordnungen	blau mit gelbem Strich

Ist an einzelnen Orten die eine oder andere Gruppe nur in geringer Zahl vertreten, können sich ihre Angehörigen einer vorhandenen Gruppe anschließen. Neben den Hauptgruppen können auf Wunsch der Vollversammlung der betreffenden Industriegruppen Untergruppen gebildet werden.

Alle auf Grund des Betriebsrätegesetzes gewählten Betriebsratsmitglieder haben sich nach erfolgter Wahl bei dem Ortsausschuß des A. D. G. B. und der Afa zu melden, wo sie ihre Legitimationskarte erhalten.

Die Betriebsräte einer jeden Industriegruppe bilden die Vollversammlung. Sie entscheiden in ihrer ersten Zusammenkunft, ob bei den weiteren Vollversammlungen alle Mitglieder der Betriebsräte teilnehmen sollen, oder ob ein Delegatensystem eingeführt wird.

b) Gruppenrat: Zur Wahl eines Gruppenrates werden von den Ortsausschüssen des A. D. G. B. und der Afa die gewählten Betriebsräte gemeinsam industriegruppenweise zusammenberufen. Der Gruppenrat besteht aus fünf Mitgliedern, zwei von Arbeiter- und Angestelltenräten, mindestens je zwei Personen angehören müssen. Ihm gehören ferner mindestens je ein Vertreter der freien Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen an, die an der betreffenden Industriegruppe besonders beteiligt sind.

c) Generalversammlung der Betriebsräte: Die Generalversammlung aller am Ort befindlichen Betriebsräte wird erstmalig vom Ortsausschuß des A. D. G. B. und dem Ortsrat der Afa einberufen, später vom Zentralrat. Die Generalversammlung besteht aus den Delegierten der Industriegruppen, den Ortsausschüssen des A. D. G. B., den Ortsräten der Afa und deren Sekretären.

d) Zentralrat: Jede Industriegruppe wählt aus ihrer Mitte zwei Betriebsratsmitglieder, von denen einer ein Arbeiter, der andere ein Angestellter sein muß, in den Zentralrat. Hierzu wählen die Mitglieder des Ortsausschusses des A. D. G. B. und des Ortsrats der Afa sowie ihre Sekretäre.

Wenn der Zentralrat die Anstellung von besonderen Sekretären für nötig erachtet, so ist dazu die Zustimmung des Ortsausschusses des A. D. G. B. und des Ortsrats der Afa erforderlich.

e) Vollzugsrat: Der Zentralrat wählt aus seiner Mitte fünf Personen in den Vollzugsrat, von denen mindestens zwei Arbeiter und zwei Angestellte sein müssen. Weitere fünf Mitglieder des Vollzugsrates werden, nach Uebereinkunft der Betriebsräte, vom Ortsausschuß des A. D. G. B. und vom Ortsrat der Afa gewählt.

III. Aufgaben:

a) Gruppenrat und Gruppenvollversammlung: Der Gruppenrat führt die Geschäfte der Industriegruppe auf Grund der Beschlüsse der Vollversammlung. Dasselbe soll vor allem mit

Unterstützung der Betriebsräte das Material aus den einzelnen Betrieben sammeln, um so den erforderlichen Überblick über das ganze Gebiet einer Industrie zu gewinnen.

Die Gruppenorgane befassen sich mit wirtschaftlichen Fragen und Gewerkschaften. Soweit es sich dabei um gewerkschaftliche Aktionen handelt, bleiben die sachgemäßen Befugnisse der Gewerkschaften bestehen.

b) Generalversammlung der Betriebsräte: Alle wirtschaftlichen Fragen, die mehrere Gruppen oder die gesamte Arbeitnehmerchaft betreffen, fallen in das Aufgabengebiet der Generalversammlung. Diese stellt ferner gemeinsam mit den Gewerkschaften Richtlinien für die britische Tätigkeit der Betriebsräte auf.

c) Zentralrat: Der Zentralrat ist der Vertreter des Vollzugsrates. An technischer-organisatorischen Fragen entscheidet er selbstständig.

d) Vollzugsrat: Der Vollzugsrat ist das ausführende Organ der Generalversammlung der Betriebsräte. Er bereitet ihre Versammlungen vor und führt ihre Beschlüsse aus.

IV. Arbeiter- und Angestelltenräte:

Die Arbeiter- und Angestelltenräte können innerhalb der Industriegruppen getrennte Vollversammlungen abhalten, die sich mit den besonderen sozialen Fragen oder Aktionen der Arbeiter oder Angestellten befassen. Die Einberufung erfolgt durch die Arbeiter- bzw. Angestelltenmitglieder des Gruppenrates im Einvernehmen mit den beteiligten freien Gewerkschaften. Wirtschaftliche Fragen können nur in den gemeinsamen Vollversammlungen der Arbeiter und Angestellten behandelt werden.

V. Wahlen.

Die Wahlen zu den erwähnten Körperschaften erfolgen nach dem Verhältniswahlrecht. Wird ein Delegatensystem eingeführt, so müssen mindestens ein Drittel der Delegierten Angestellte oder Arbeiter sein. Für die Generalversammlung der Betriebsräte muß jede Industriegruppe durch mindestens fünf Delegierte vertreten sein, von denen je zwei Arbeiter oder Angestellte sein müssen. Wählbar sind nur Personen, die mindestens seit einem Jahre Mitglied einer dem A. D. G. B. oder der Afa angeschlossenen Gewerkschaft sind.

VI. Betriebsobstente.

Die Betriebsobstente der Kleinbetriebe (§ 2 des B. M. G.) sind in der Betreuungsbeziehung den Betriebsräten gleichzustellen.

VII. Finanzierung.

Die Kosten werden vom Ortsausschuß des A. D. G. B. und dem Ortsrat der Afa, entsprechend ihren Mitgliederzahlen, gemeinsam getragen. Es kann zu diesem Zweck eine Umlage erhoben werden. Weitere Auskünfte über die Zusammenfassung und Tätigkeit der Betriebsräte erteilt die

Gewerkschaftliche Zentrale der Betriebsräte

in Berlin, Bureau des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin SO 16, Engelauer 15, IV.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

G. Segler

Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände. Aufhäuser, Urban, Ringen.

Den Richtlinien ist ferner ein Anhang beigegeben, der die Gruppeneinteilung näher erläutert. Genossen, die für diese Einteilung Interesse haben, können den Anhang vom A. D. G. B. oder von der Afa beziehen.

Zeitungszutagen im Leipziger Einzelhandel. Der Zentralverband der Angestellten (Braustraße 17) teilt uns mit, daß mit dem Leipziger Einzelhandelsverband aushandelt für die Monate Mai und Juni ein Zuschlag von 20 Prozent auf die bestehenden tariflichen Gehälter der Angestellten vereinbart worden ist. Für die verarbeiteten Angestellten versteht sich dieser Zuschlag so, daß er auf deren Gehalt und bei bereits bestehenden Verteilungszuschlägen von 25 Prozent gewährt wird. Eingehendere Verteilung erfolgt in der Generalversammlung des Zentralverbandes der Angestellten am Mittwoch, den 2. Juni, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Saalzimmer Nr. 9.

Die Demokraten gegen die gewerkschaftliche Betriebsräte-Zentrale. Der Artikel in unserer Sonnabendnummer unter vorstehender Überschrift ist verhöhnt worden. Das Blatt aus dem Leipziger Tagblatt muß hinter den Schluß des ersten Ablasses.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Zweimauer. In der letzten Gemeinderatsitzung ist der Nachtrag zur Gemeindesteuerverordnung über die Erhebung der Grunderwerbsteuer genehmigt worden. Die Grobsteuern hat im Laufe des Monats Mai bis jetzt einen Kassenumlauf von 1 058 847,07 RM. zu verzeichnen. Die Grasverpachtung hat eine Einnahme von 108,50 RM. und die Straßenaufbauverträge 1208 Mark gebracht. An Grunderwerbsteuer sind im Monat Mai bis jetzt 2774 RM. eingegangen. Die Bepflanzung bei den Landesheilstätten sind um 100 Prozent erhöht worden. Weiter nahm man Kenntnis von einem Antwortschreiben der Generaldirektion der Staatsbahnen, wonach die Preise für Wochen- und Monatskarten nicht verringert werden können. Weiter berichtete der Vorsitzende über den Stand der durch die Kinderhilfsmission der Freunde (Quäker) von Amerika zu spendenden Kinder. Wegen der Zurücklegung des hiesigen Ortes soll Beschwerde bei der Amtshauptmannschaft geführt werden. Die Reichstagswählerliste weist hier 350 Wähler auf. Als Wahllokal wird das Gemeindeamt und als Wahlvorsteher bzw. Stellvertreter die Herren Gemeindevorstand Köpcke und Gemeindevorsteher Krawinkel in Vorschlag gebracht. Die vom Ministerium herausgegebenen Denkschriften über die Neuordnung der Gemeindeverfassung soll für die Gemeindevertreter bestellt werden. Der mit dem Rat der Stadt Leipzig vereinbarte Wasserlieferungsvertrag soll nochmals vom Ausschuss eingehend durchgesehen werden. Die Urlaubsverhältnisse der Gemeindebeamten und Bediensteten wurden geprüft. Für das Gemeindeamt einschließlich Stabsamt und Spezialstelle wird vom 1. Juni an die durchgehende Geschäftsfreiheit, und zwar von früh 7 bis nachmittags 3 Uhr eingeführt. Für das Publikum sind die Amtsräume von vormittags 9 bis nachmittags 1 Uhr ununterbrochen geöffnet. Der 5. Nachtrag zur Gemeindesteuerverordnung über die Grunderwerbsteuer fand in 1. Lesung Annahme. An der Städtischen Straße, direkt am Ort gelegen, sollen 25 000 Quadratmeter Bauland zum Preise von 120 000 RM. käuflich erworben werden.

Kleine Chronik.

Säbische Theater. Als letzte Reinszenierung dieser Spielzeit wird im Alten Theater für Mittwoch, den 3. Juni, ein Welterabend vorbereitet. Es kommen zur Aufführung Der Walfisch in der Uebersetzung von Ludwig Fulda und Die Betrauer wider Willen in der Uebersetzung von Hugo Hofmannsthal.

Leipziger Puppenspiele. Meißnische Puppenrestaurant. Spielplan vom 1. bis 8. Juni: täglich 4 Uhr Der verlorene Sohn (Märchen); 8 Uhr: Er ist Baron (moderne Berliner Pops) mit Gesang und Orchesterbegleitung unter Leitung von Direktor T. Ortwein.

Kleine Chronik.

Säbische Theater. Als letzte Reinszenierung dieser Spielzeit wird im Alten Theater für Mittwoch, den 3. Juni, ein Welterabend vorbereitet. Es kommen zur Aufführung Der Walfisch in der Uebersetzung von Ludwig Fulda und Die Betrauer wider Willen in der Uebersetzung von Hugo Hofmannsthal.

Leipziger Puppenspiele. Meißnische Puppenrestaurant. Spielplan vom 1. bis 8. Juni: täglich 4 Uhr Der verlorene Sohn (Märchen); 8 Uhr: Er ist Baron (moderne Berliner Pops) mit Gesang und Orchesterbegleitung unter Leitung von Direktor T. Ortwein.

Arbeiter! — werbt neue —

Volkszeitungsleiter.